Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930
36 (1922)

60 (11.3.1922)

urn:nbn:de:gbv:45:1-453727

Visual Library

36. Jahrgang

Die „Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 15.25 Mark, dazu 2.25 Mark Bringerlohn, bei Abholen von der Expedition 16.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 60.00 Mark, monatlich 20.00 Mark ausschließlich Bestellgeld.

Republik

Preis 70 Pf.

Bei den Inseraten wird die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen - Wilhelmshaven und Umgegend mit 90 Pfennig berechnet, für auswärtige Inserenten 1.50 Mk., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Anzeigen im Reklameteil die Millimeterzeile 5.00 Mark.

Norddeutsches Volksblatt – Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptexpedition: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Sonnabend, 11. März 1922 * Nr. 60

Redaktion: Peterstraße 76 Fernsprecher Nr 1265.

Die Konferenz ohne Thema.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Berühmt ist aus der Zeit des Sozialistengesetzes der Ausspruch eines sächsischen Polizeigewaltigen: „Ueber Thema darf nicht geredet werden!" Im Zeichen dieses geschichtlichen Wortes wird die Konferenz von Genua stehen, die nun zuverlässig am 10. April beginnen soll, nur wird der Mann mit der Pickelhaube und dem Bleistift, der aufpaßt, daß über Thema nicht geredet wird, kein Sachse, sondern der französische Ministerpräsident Poincaré sein. Ueber das Thema, das jeder internationalen Wirtschaftskonferenz, wenn sie mehr als ein Witz sein will, zugrunde liegen muß, über die Frage der deutschen Reparationsleistungen, darf nicht gerede werden.

Unter dem Sozialistengesetz hat man es auch erlebt, welche starke dramatische, von komischen Wirkungen reich durchsetzte Spannung es gab, wenn trotz aller Zwangsvorschriften mehr oder weniger deutlich doch das zum Ausdruck gebracht wurde, was alle Köpfe und Herzen bewegte. So wird es auch in Genua sein. Das verbotene Thema wird innerlich und insgeheim die Konferenz desto stärker beherrschen, je schärfer seine Erwähnung verboten ist. Man wird über Zollfragen, Paßfragen, Währungsfragen, Export, Import, Arbeitslosigkeit und vieles andere sprechen, und jeder Redner wird dabei im Stillen von dem Gedanken beherrscht sein, daß das alles doch nur ein leeres Strohgedresche bleiben muß, so lange es nicht erlaubt ist, die Kernfrage zu berühren und über die Revision der finanziellen Bedingungen des Friedensvertrages zu reden.

Auf die Frage, ob die Konferenz von Genua Erfolg haben werde, könnte man die paradox klingende Antwort geben: Der Erfolg wir desto größer sein, je offensichtlicher der Mißerfolg ist. Diese Antwort, so unwahrscheinlich sie klingt, ist doch ganz richtig. Je klarer der ganzen Welt von der Konferenz von Genua das Bewußtsein bleiben wird, daß ohne Revision der Deutschland gestellten Zahlungsbedingungen alles Konferieren unsinnig nutzlose Arbeit ist, desto sicherer wird der Konferenz von Genua bald eine andere, auf einen kleineren Kreis begrenzte, folgen, in der über das diesmal verbotene Thema mit größter Ausführlichkeit und nachdrücklichem Ernst gesprochen werden wird.

Uebrigens wird es für die Ueberwachungsbehörde der Genueser Konferenz nicht immer leicht sein zu entscheiden, mit welchem Schritt das Betreten des verbotenen Geländes beginnt. Es läßt sich zum Beispiel sehr gut denken, daß in Genua über das rein Technische der Reparationsfrage geredet wird, ohne daß dabei die heiligen Dogmen des Vertrages von Versailles und des Londoner Ultimatums angezweifelt zu werden brauchen. Eine solche Frage der rein technischen Durchführung ist die Frage der Buchführung, die durch den neuesten Bericht der Reparationskommission wieder sehr aktuell geworden ist. Die Reparationskommission hat berechnet, daß Deutschland bisher 6,85 Milliarden Goldmark bezahlt hat. Das wären immerhin schon 2,85 Milliarden Goldmark mehr, als die französische Kriegsentschädigung an Deutschland im Jahre 1871 betrug, und die Behauptung, Deutschland habe bisher überhaupt nichts geleistet, wäre gegenüber einer solchen Ziffer nur schwer aufrecht zu erhalten. Nun ist aber bekannt, daß die deutschen Rechnungen über die bisherigen Leistungen ganz anders lauten. Es sind in verschiedenen Schätzungen Beträge bis 20 Milliarden genannt worden, auf alle Fälle aber solche Beträge, die den von der Reparationskommission errechneten um ein Vielfaches übersteigen. Solche Meinungsverschiedenheiten müssen doch in der ganzen Welt das stärkste Kopfschütteln erregen. Es müßte doch möglich sein, im finanziellen Verkehr zwischen Deutschland und seinen Gläubigern eine Verrechnungsmethode zu finden, die jeden der beiden Teile in jedem Augenblick instand setzt, genau zu erkennen, wie sein Konto steht. Goldmilliarden, oder auch nur Goldmillionen sind doch wirklich keine solche Kleinigkeiten, daß man es unterlassen könnte, sie nach gemeinsam verabredeten Grundsätzen von Fall zu Fall auf beiden Seiten genau zu verbuchen. Alles Gerede vom Wiederaufbau der Wirtschaft bleibt doch lächerlich, so lange im finanziellen Verkehr zwischen den Staaten Zustände bestehen, die in einem mittleren Papiergeschäft nicht geduldet werden dürfen.

Die Nachweisungen der Reparationskommission leiden außerdem an der Schwäche, daß sie nur die Einnahmeseite buchen, aber nicht die Ausgabeseite. Man erfährt z. B. aus ihnen nicht, welche Summen Deutschland aufwenden mußte, um die Besatzungskosten aufzubringen, ebensowenig, was die verschiedenen Institutionen, die mit der Ueberwachung und Eintreibung der deutschen Zahlungen beschäftigt sind, von diesen Summen verschlingen. Hält man zusammen, was die französischen Sozialisten in ihren Denkschriften für Frankfurt darüber ausgeführt haben, und was jüngst Lloyd Newton im englischen Oberhaus über das Parasitentum der Kommissionen erzählt hat, so kommt man ungefähr zu dem Resultat, daß sämtliche Einnahmen aufgetreffen werden durch die Ausgaben, die ihre Eintreibung verursacht. Unter diesen Umständen würde die Suche nach einem Verteilungsschlüssel zwischen den einzelnen Mächten, die noch immer zu keinem Resultat geführt hat, allerdings eine ziemlich müßige theoretische Spielerei bleiben.

An den Nachweisungen der Reparationskommission ist übrigens auch der Umstand bemerkenswert, daß von den 6,85 Goldmilliarden 2,5 aus dem Staatsvermögen stammen, das mit den abgetretenen Gebieten von fremden Mächten übernommen worden ist. Es handelt sich in diesem Falle nicht um Zahlungen, die aus ständig fließenden Quellen erfolgen, sondern um eine Abtretung von Substanz, die natürlich nicht beliebig oft wiederholt werden kann. Bei einer genaueren, zuverlässigeren Berechnung ließe sich vielleicht der Schlüssel für die wirkliche Leistungsfähigkeit Deutschlands finden. Und damit würden auch alle Zukunftshoffnungen schwinden, die jährlichen Zahlungen Deutschlands von drei auf sieben Goldmilliarden steigern zu können.

Was in Genua nicht ausgesprochen werden darf, ist eben das, was man in Frankreich das Geheimnis des polichinell nennt, und wovon man bei uns in Deutschland sagt, daß es die Spatzen von den Dächern pfeifen. Das ist die Tatsache, daß trotz allen deutschen Erfüllungswillens die 139 Milliarden des Londoner Ultimatums (132 plus sieben für Belgien) niemals wirklich bezahlt werden können. Das weiß nicht nur Rathenau, nicht nur Lloyd George, nicht nur Hevans, das wissen auch Poincaré, Clemenceau, Millerand, nur trauen sie sich bisher nicht, es ihrem Volke zu sagen. Sie trauen es sich nicht, obwohl das französische Volk in großen Teilen sich dieser Tatsache längst bewußt ist und als Ganzes von der ganzen Erkenntnis gar nicht weit entfernt ist. Das erste aber, was die Welt zu ihrer Heilung bedarf, ist die Wahrheit, die in Genua nicht ausgesprochen werden darf. Sie ist dennoch auf dem Marsche.

Dr. Hermes Reichsfinanzminister.

(Eig. Drahtbericht.) Der Reichspräsident hat den bisherigen Ernährungsminister Dr. Hermes unter Entbindung von seinem Amt zum Reichsfinanzminister ernannt. — Die Ernennung des bisherigen Reichsernährungsministers Hermes zum Reichsfinanzminister hat in parlamentarischen Kreisen große Verwunderung hervorgerufen. Allgemein herrschte am Freitag in der Wandelhalle des Reichstages die Auffassung, daß ein Mann, gegen den in den letzten Tagen schwere Beschuldigungen erhoben wurden, nicht zum Reichsfinanzminister hätte ernannt werden dürfen, bevor nicht die Vorwürfe der Bestechung restlos erledigt waren. Zweifellos ist diese Auffassung nicht unberechtigt. Gegen sie spricht nur die Vermutung, daß die Zentrumspartei, die über den Fall Hermes doch genau unterrichtet sein muß, die Ernennung nicht zugelassen hätte, wenn sie diese Vorwürfe so schwerwiegend betrachtet, wie sie in der Oeffentlichkeit hingestellt werden. Aber sei dem, wie es sei, jedenfalls ist Herr Hermes durch die Ernennung zum Reichsfinanzminister das Vertrauen der Regierung ausgesprochen worden. Hermes ist jetzt verpflichtet, vor aller Oeffentlichkeit zu erklären, wie sich die Angelegenheit mit den „Weinflaschen" verhält, bevor das Gericht feststellt, was Wahres an den Vorwürfen ist. Das deutsche Volk hat ein Recht, zu verlangen, ob die Vorwürfe der Bestechung gegen einen Reichsminister berechtigt sind oder nicht.

Mit der Ernennung Herrn Hermes zum Reichsfinanzminister taucht naturgemäß die Frage auf, wer soll Reichsernährungsminister werden. Es werden Namen genannt, die auf leeren Vermutungen beruhen. Die Sozialdemokratie hat vorläufig keinen Anlaß, sich um angebliche Ministerkandidaturen zu kümmern, da sie nach wie vor der Auffassung ist, daß das Reichsernährungsministerium unter den gegenwärtigen Verhältnissen überflüssig ist und man mit seinem Abbau beginnen kann.

Drei Fragen der U. S. P.

(Eig. Drahtbericht.) Die unabhängige Reichstagsfraktion hat am Freitag folgende Fragen an den Reichskanzler gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Der Vorstand der Reichstagsfraktion der USP. hat sich mit den gegen den Reichsernährungsminister Hermes in der Presse erhobenen Vorwürfen beschäftigt und sich davon übergeugt:

1. daß Herr Hermes im April 1920 187 Flaschen edle Weine im Gesamtbetrag von 8430 Mark bezogen und dafür am 23. Juli 1920 600 Mark bezahlt hat.

Beweis: Rechnung des Trierischen Winzerverbandes vom 27. April 1920 an den Herrn Reichsernährungsminister Dr. Hermes, Berlin-Schöneberg.

2. daß Herr Hermes in einer Ressortbesprechung am 18. Dezember 1920 eine besondere Zuweisung von Zucker an den Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer angeordnet hat. Dies ist geschehen, obwohl der Vertreter der Reichszuckerstelle darauf hinwies, daß nach den vorliegenden Berichten eine Sonderzuweisung von Zucker nicht notwendig sei. Ferner wurde von dem Minister angeordnet, daß die Zuweisung im Gegensatz zur bisherigen Regelung nicht durch Preußen vorgenommen werden soll. Die Zuckersonderzuweisung wurde dann auf 4000 Doppelzentner festgesetzt.

Beweis: Bericht über diese Ressortbesprechung vom 20. Dezember 1920, sowie Niederschrift über die Besprechung gleichen Tages, in der die Menge festgesetzt wurde, vom 21. Dezember 1920.

3. daß Herr Hermes im Februar 1921 erneut Wein echter Qualität, diesmal 110 Flaschen zum Preise von 3 Mark pro Flasche, vom Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer bezogen hat.

Beweis: Brief des Winzerverbandes für Mosel, Saar und Ruwer vom 10. Februar 1921 an den Herrn Regierungsrat Natte, Ministerialbureau, Berlin, Wilhelmstraße 11/12.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion der USP. unterbreitet diese Tatsachen dem Herrn Reichskanzler und erwartet eine baldige Stellungnahme der Reichsregierung."

Gewerkschaften und Zwangsanleihe.

(Eig. Drahtbericht.) Am Donnerstag nachmittag waren Vertreter sämtlicher Gewerkschaften und Spitzenverbände zum Reichsfinanzminister geladen, um sich über die Durchführung der Zwangsanleihe zu äußern. In der Sitzung, die von dem Staatssekretär Schröder geleitet wurde, machten die Regierungsvertreter Mitteilungen über die vom Reichsfinanzminister geplanten und durch die Presse bereits mitgeteilten Ausführungsbestimmungen. Die Regierungsvertreter betonten ausdrücklich, daß es sich um ganz unverbindliche Vorschläge handelt und die endgültigen Pläne noch nicht bestehen. Für die freien Gewerkschaften sprach Genosse Tarnow, dessen Ausführungen in der Hauptsache eben folgendes besagten:

Die Zwangsanleihe muß so durchgeführt werden, daß sie ein sichtbares und erhebliches Opfer des Besitzes bedeutet, um einen Ausgleich für die einseitig schwere Belastung der breiten Massen herbeizuführen. Die Einbrung muß sofort, mindestens noch im Jahre 1922, erfolgen. Die Veranlagung darf nicht nach dem Reichsnotopfer vorgenommen werden, weil inzwischen wesentliche Vermögensverschiebungen stattgefunden haben und weil damals der Sachbesitz ganz unzulänglich bewertet wurde. Deshalb wird neu veranlagt werden unter Heranziehung des Sachbesitzes nach dem allgemeinen Wert. Wenn die Veranlagung von den Finanzämtern nicht früher als nach dem Vermögensstand vom Jahresschluß 1922 durchgeführt werden kann, muß die vorjährige Aufbringung durch entsprechende Vorzahlungen gesichert werden. Die Vorzahlungen dürfen nicht lediglich auf Selbsteinschätzung beruhen, vielmehr sind für das Grund- und Betriebsvermögen Leistungen festzusetzen, wonach für in Land- und Forstwirtschaft und in Gewerbe und Industrie beschäftigte Arbeiter ein bestimmter Goldmarkbetrag gezeichnet werden muß. Um die Spekulation auf weitere Geldentwertung durch Hinausschiebung der Einzahlungen zu verhindern, genügen die geplanten Maßnahmen 5 Prozent Diskont bei baldiger, 50 Prozent Strafzins bei der späteren Einzahlung. Möglicherweise kann trotzdem ein Gewinn bei verspäteter Einzahlung für den Anleihepflichtigen übrig bleiben. Es wird sich deshalb empfehlen, die Veranlagung in Goldmark und bei der Einzahlung in Papiermark eine Umrechnung nach dem jeweiligen Kurs vorzunehmen. Um den Anreiz für beschleunigte Einzahlung zu erhöhen, könnte bis zu einem bestimmten Termin der durchschnittliche Tageskurs des der Zahlung vorhergehenden Monats oder des Vierteljahrs zugrunde gelegt werden. Die Verzinsung nach Ablauf der drei zinsfreien Jahre darf nicht über 3 Prozent betragen, eine allgemeine Pflicht des Reiches zur Beleihung der Anleihe darf nicht festgelegt werden. Der Zweck der Anleihe wäre verfehlt, wenn das auf der einen Seite eingezahlte Geld auf der anderen Seite wieder an die Anleihezeichner zurückgegeben werden müßte. Die Lombardierung muß sich deshalb auf Ausnahmefälle beschränken.

Die weitere Aussprache ergab weitgehende Uebereinstimmung zwischen den Vertretern sämtlicher Gewerkschaften im Sinne der Ausführungen Tarnows.

Aus den Ausschüssen des Reichstages.

(Eig. Drahtbericht.) Die vereinigten Steuerausschüsse des Reichstages treten heute Sonnabend zu einer letzten Sitzung zusammen. Die noch ausstehenden Berichte über sechs Gesetzentwürfe können nicht vor Mitte der nächsten Woche fertiggestellt werden. Aus diesem Grunde beschloß der Aeltestenausschuß in seiner Sitzung vom Freitag, am Sonnabend und Montag eine Plenarsitzung abzuhalten. Dienstag und Mittwoch sollen die Etatsberatungen beim Etat des Reichswehrministers und des Auswärtigen Amtes fertiggestellt werden. Am Donnerstag beginnt dann die 2. Lesung der Steuervorlagen.

Rußland will eine Kriegsentschädigung.

Das amtliche Organ der Sowjetregierung „Zwestscha" veröffentlicht unter der Ueberschrift: „Jeder ist sich selbst der Nächste", einen Artikel, der besonderes Aufsehen erregt. Es heißt darin: Sowjetrußland müsse jetzt mit den Siegerstaaten ein Uebereinkommen treffen und den Friedensvertrag von Versailles anerkennen. Aus dieser Anerkennung würde Rußland nur Nutzen ziehen, denn Deutschland würde dann verpflichtet sein, an Rußland 30 Milliarden Goldrubel zu zahlen.

Kapps Angebot abgelehnt.

Aus Leipzig wird gemeldet: Der mit der Kapp-Angelegenheit beschäftigte Untersuchungsrichter beim Leipziger Reichsgericht hat in seiner Antwort an den Oberreichsanwalt das Ersuchen Kapps um Verschonung von der Untersuchungshaft und freies Geleit abgelehnt.

Kommunistischer Zeitungswechsel.

Aus Köln wird gemeldet: Die „Sozialistische Republik", die bisher als Zeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der dritten Internationale) erschien, hat gewaltsam den Besitzer gewechselt. Vierzig Anhänger der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft (Levigruppe), die sich von der KPD. abgespaltet hat, sind in die Betriebsräume der „Sozialistischen Republik" eingedrungen, haben die Gebäude mit Beschlag belegt und die Zeitung für sich und ihre Ziele „erworben".

Aus dem Reichstage.

Der Gesetzentwurf über die Verwendung von Wartegeldempfängern wird auf Antrag Scheidemann (Soz.) ohne Erörterung einem Ausschuß überwiesen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Aenderung des Branntweinmonopols. Nach dem grundlegenden ersten Paragraphen soll der Geschäftsbereich der Monopolverwaltung nunmehr umfassen die Uebernahme des im Monopolgebiet hergestellten Branntweins aus den Brennes-

Landesbibliothek Oldenburg

reien, die Herstellung von Trinkbranntwein, die Einfuhr von Branntwein aus dem Ausland, die Reinigung und die Verwertung von Branntwein und den Branntweinhandel.

Abg. Eggerstedt (Soz.): Die Sozialdemokratie ist unter dem Eindruck der großen Finanznot des Reiches an die Beratungen der Steuergesetze herangegangen. Der Republik die nötigen Mittel zum Leben zu geben, dabei die Lasten so zu verteilen, daß die wirtschaftlichen Schwachen geschützt werden, war das Leitmotiv unserer Arbeit. Wir müssen manchem Steuergesetz unsere Zustimmung geben, das sich hart der Grenze des für uns Erträglichen nähert. Auch dem Gesetz über das Branntweinmonopol haben wir aus diesen Motiven zugestimmt. Die Steigerung des Steuersatzes um 500 Prozent wird manchem ungeheuerlich erscheinen. Die Entente würde es aber gerade beim Branntwein kaum verstehen, wenn die Belastung bei uns weniger stark wäre wie in ihren Ländern. Die Regierung hofft aus dieser Erhöhung eine Einnahme von 1,6 Milliarden zu erzielen. Nach unserer Auffassung wäre diese Einnahme noch wesentlich zu erhöhen, wenn man sich hätte entschließen können, der Monopolverwaltung ein wirkliches Monopol in die Hand zu geben. Von einem Monopol in dem üblichen Sinne kann hier gar nicht die Rede sein. Nicht einen Ausbau zum Vollmonopol, sondern ein Abbau des Fabrikationsrechtes glaubte man durchführen zu müssen. Das konnten wir nicht mitmachen.

Man hat bei den Beratungen immer wieder Wert darauf gelegt, das Monopolamt mit dem Privatgewerbe völlig gleich zu stellen, dem Monopolamt keine Vorzugsstellung zu gewähren. Wir haben diese Gleichstellung auf das gesamte Gewerbe übertragen. Eine unterschiedliche Behandlung hätten wir sehr gern bei der Besteuerung des Trinkbranntweins eintreten lassen. Die Vertreter der Landwirtschaft haben ihr Eintreten für eine Bevorzugung der landwirtschaftlichen Brennereien stets mit dem Hinweis mit Allgemeininteressen begründet. Nach dem Verlauf der letzten Tagungen landwirtschaftlicher Organisationen können wir uns jedoch der Anschauung nicht verschließen, daß sich die Landwirtschaft auch hierbei nur von Profitinteressen leiten läßt. Wenn wir der Erhöhung der aus Sulfitablauge herzustellenden Branntweine für gewerbliche Zwecke auf 250 000 Hektoliter zugestimmt haben, so glauben wir damit den Allgemeininteressen zu dienen. Wir sehen also sehr große Entwicklungsmöglichkeiten, die dazu drängen, keine Ablaugen mehr unausgenützt ablaufen zu lassen.

Aus den Erträgnissen der Branntweinsteuer sollen verwendet werden bis zu 16 Millionen zur Verbilligung der Kosten der weingeisthaltigen Heilmittel für die minderbemittelte Bevölkerung, bis zu 30 Millionen Mark zur Verbilligung des in öffentlichen Kranken-, Entbindungs- und der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Anstalten oder in öffentlichen wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsanstalten verwendeten Branntweins, 30 Millionen sollen der Bekämpfung der Trunksucht, der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten dienen. Man kann über die Zweckmäßigkeit, von den Einnahmen eines Gesetzes gleich so und so viel Mittel zu bestimmten Zwecken bereitzustellen, streiten, aber wir haben die unabweisbare Pflicht, den Minderbemittelten und den Leidenden zu helfen. Wir betrachten das Gesetz nicht als ein abgeschlossenes Ganzes, sondern nur als eine Etappe auf dem Wege zum Vollmonopol. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schulz-Lahnen (Ztr.): Durch das Gesetz wird die Mehrzahl aller Industrien berührt. Wir bitten, das Gesetz anzunehmen. (Beifall im Ztr.)

Abg. Körner (Dnat.) wünscht eine engere Begrenzung des Monopols. Der Landwirtschaft muß möglichst im alten Umfange der notwendige Hilfsbetrieb der Brennerei erhalten bleiben. Die Brennereien sind schon heute ein Sorgenkind der Landwirtschaft.

Abg. Dusche (D. Vpt.) bedauert, daß das Branntweinmonopolgesetz außerhalb des allgemeinen Rahmens der Steuergesetze behandelt wird.

Abg. Puchta (U. S.): Einen Schritt zum Vollmonopol können wir in diesem Gesetz nicht erblicken. Wir lehnen dieses Gesetz ab, da die anderen Steuerquellen noch nicht erschöpft sind.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.): Ist ein Monopol wird festgehalten sein, wenngleich auch wir die Umwandlung der Verwertungsstelle in eine Aktiengesellschaft wünschen.

Abg. Herbert-Franken (B. Vpt.): Das Gesetz bringt namentlich für Süddeutschland ganz besondere Härten. Ein Vollmonopol könnte uns nicht beglücken, es würde ein Schritt zur Sozialisierung sein.

Abg. Geyer (KAG.): Wir lehnen das Gesetz ab und beantragen eine Entschließung, durch die die Regierung aufgefordert wird, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Herstellung, den Transport, die Ein- und Ausfuhr von Branntwein verbietet.

Abg. Höllein (Komm.): Wir bekämpfen das Branntweinmonopol und wollen es zu Fall bringen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr. (Pensionskürzungsgesetz, Kapitalflucht, Fortsetzung des Branntweinmonopols, Etat des Reichsernährungsministeriums.) Schluß 6 Uhr.

Das deutschnationale Fiasko in Bayern.

(Eigener Bericht.) Die Abwehr des deutschnationalen Anschlages auf die bayerische Staatsmaschine zum Zwecke der staatlichen Begünstigung der monarchistischen und separatistischen Umtriebe hat bei der bayerischen Rechtspresse einen großen Kahenjammer hervorgerufen. Nur ganz große Optimisten, wie die „Staatszeitung", wagen die Hoffnung auszusprechen, daß die Hemmnisse innerhalb der Demokratischen Partei noch beseitigt werden können. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" führen das Scheitern der heiß ersehnten Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie darauf zurück, daß der in Aussicht genommene Justizminister nicht Protestant, sondern Katholik sei und nicht dem rechten, sondern dem linken Flügel der bayerischen Deutschnationalen entnommen wurde. Die „Augsburger Abendzeitung" wütet über die Machenschaften der „Berliner Tageblatter" und der „Frankfurter Zeitung", welche die bayerischen Demokraten zum Umfallen gebracht haben sollen. Die bayerische Sozialdemokratie hätte mit Ruhe der Auferstehung des Kahrschen Regimes entgegensehen können. Selbst in Bayern hätte das Wiedererwachen der Aera des Klassenhasses dem Volke über kurz oder lang die Augen geöffnet. Das Ende dieses Regimes wäre zweifellos eine außerordentliche Stärkung der Sozialdemokratie in Bayern geworden. Im Interesse des Reiches aber verzichteten sie gerne auf diese Prüfungszeit.

Stinnes und Radek.

Der in Berlin erscheinenden russischen Zeitung „Goles Rossij", deren Herausgeber der Führer der Sozialrevolutionären Tschernow ist, wird aus Moskau geschrieben:

Hier weilt zurzeit ein Vertreter der Firma Stinnes, Herr Direktor Fehrmann. Die Privatunternehmer, die ehemals größere Betriebe in Rußland besaßen, haben sich geweigert, an den Verhandlungen mit dem Vertreter der Firma Stinnes teilzunehmen. Ja, sie haben nicht einmal an dem offiziellen Bankett teilgenommen, welches von den Leitern der Staatsbank und des obersten Volkswirtschaftsrates zu Ehren des ausländischen Gastes veranstaltet wurde. Im allgemeinen sind die Aussichten von Stinnes bei den Privatunternehmern und den halbamtlichen Trusten sehr schwach. Sein Kampf gegen Rathenau ist in Moskau allgemein bekannt. Die ehemaligen Industrie- und Handelsleute stehen auf seiten Rathenaus, der hier als Direktor der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft allgemein bekannt war. Rathenaus Vater hat hier eine Reihe großer elektrotechnischer Betriebe gegründet und fast alle Fabriken des Moskauer Gebiets von Iwanow Wosnosensk mit elektrischem Lichte versehen. Hinter Rathenau steht Krassin, so daß der Kampf, der in Deutschland zwischen Stinnes und Rathenau besteht, in Rußland zwischen Krassin und Radek, der Stinnes unterstützt, ausgetragen wird.

Man weiß nicht, was man mehr bestaunen soll, die „proletarische Einheitsfront" Radek-Stinnes oder das Bankettieren höchster Sowjetspitzen mit dem Abgesandten des Kapitalmagnaten, eine Form der Ehrung, wie sie Stinnes wohl in keinem Lande der Welt passieren dürfte außer im bolschewistischen Rußland.

Und dazu noch der Bruderbund Radek-Stinnes! Der Kommunist, der den reaktionären Kapitalisten unterstützt. Ein kommunistisches Gemrebild von erheblichem Reize. —

Gewerbe- und Handelsaufsichtsämter.

Nach § 157 der deutschen Reichsverfassung steht die Arbeitskraft unter besonderem Schutz des Reiches. Das Reich hat daher nicht nur für ausreichende Schutzbestimmungen, sondern auch dafür zu sorgen, daß diese gesetzlichen Schutzbestimmungen durchgeführt werden. Die Durchführung hat die Gewerbeaufsicht zu überwachen. Die Gewerbeaufsicht überwacht jedoch in der Hauptsache nur die gewerblichen Betriebe, kommt also hauptsächlich den Handarbeitern zugute, während für die Angestellten in den Handelsbetrieben, Banken und Versicherungen eine derartig segensreiche Einrichtung bis auf wenige Ausnahmen überhaupt nicht existiert. Allerdings ist die Ueberwachung der Durchführung der Angestellten-Schutzbestimmungen ebenfalls den Gewerbeaufsichtsämtern übertragen, diese sind jedoch bereits derart mit Arbeit überlastet, daß sie eine Kontrolle von Handelsbetrieben nur auf ausdrückliche Beschwerde vornehmen können. Es kommt hinzu, daß die Kontrolle über den Angestelltenschutz am wirksamsten ausgeübt werden kann durch Beamte, die aus den Reihen der Angestellten hervorgegangen sind.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben sich auf ihrer letzten Reichstagung mit der Frage des Ausbaues der staatlichen Handelsaufsicht beschäftigt und sich für Einführung und Ausbau der staatlichen Handelsaufsicht ausgesprochen. Dem Zentralverband der Angestellten ist es gelungen, in dieser Beziehung bei einzelnen Ländern gewisse Erfolge zu erzielen. Für das gesamte Reichsgebiet sind aber bisher nur 37 Handelsaufsichtsbeamte tätig. Es muß aber gefordert werden, daß mindestens ebensoviel Handelsaufsichtsbeamte eingestellt werden, daß jeder Handelsbetrieb einmal im Jahr kontrolliert werden kann. Um das Aufgabengebiet der Gewerbeinspektionen den heutigen Zeitverhältnissen entsprechend zu erweitern, ergibt sich organisatorisch die Notwendigkeit, die gegenwärtigen Gewerbeaufsichtsbezirke in Gewerbe- und Handelsaufsichtsämter umzuwandeln. Damit würde schon rein äußerlich der erweiterte Aufgabenkreis gekennzeichnet. Er darf sich jedoch nicht nur erstrecken auf die gesetzlichen, sondern muß auch auf die tarifvertraglichen Schutzbestimmungen ausgedehnt werden.

Da die Erfüllung dieser Forderungen nur auf dem Wege der Reichstagsgesetzgebung möglich ist, hat der Zentralverband der Angestellten in einer eingehend begründeten Eingabe an den Reichstag eine entsprechende Aenderung des § 139 b der Gewerbeordnung beantragt. Durch die Erfüllung des Antrages würden die einzelnen Länder reichsgesetzlich gezwungen, die Handelsaufsicht einzuführen und den Wünschen der Angestellten entsprechend auszubauen. Zur Begründung des Antrages sind lediglich die Erfahrungen und Berichte der Handelsaufsichtsbeamten, soweit sie bereits tätig sind, verwandt. Es würde zu weit führen, wollte man nur die wichtigsten Tatsachen dieser Berichte hier wiedergeben. Nach ihrem Studium kann man ohne Uebertreibung sagen, daß für einen großen, wenn nicht den großten Teil der Angestellten die gesetzlichen Schutzbestimmungen praktisch ohne Bedeutung sind. Bei gerechter Würdigung der gangen Materie wird sich der Reichstag der Tatsache nicht verschließen können, daß die geforderten gesetzgeberischen Maßnahmen unbedingt und mit größter Schnelligkeit getroffen werden müssen.

Ehescheidungsrecht und Altpreußen.

Seit geraumer Zeit läuft die reaktionäre und klerikale Presse Sturm gegen die vom Reichsjustizminister Radbruch geplante Erleichterung der Ehescheidung. Die Feinde jeglichen zeitgemäßen Ehescheidungsrechtes übersehen dabei, daß selbst die jetzt geplante Reform weit zurückbleibt hinter dem Rechtszustand, der über hundert Jahre in Preußen geherrscht hat.

Der Staat Friedrich des Großen wird uns von rechts stets als leuchtendes Muster des Altpreußentums entgegengehalten. Nun, gerade das unter Friedrich dem Großen ausgearbeitete Allgemeine Landrecht gewährte die Ehescheidung bei beiderseitiger unüberwindlicher Abneigung. Die Ehegatten brauchten nur vor Gericht zu erklären, daß sich in ihnen eine gegenseitige unüberwindliche Abneigung entwickelt hätte, dann wurde die Ehescheidung ausgesprochen. Dieser Rechtszustand hat von 1786 bis 1900 in Preußen gegolten. Erst das Bürgerliche Gesetzbuch verengte dann den Kreis der Ehescheidungsgründe so, daß nur ganz bestimmte Tatbestandsmerkmale, wie Lebensnachstellung, böswilliges Verlassen, Ehebruch und tiefe Zerrüttung des ehelichen Lebens durch Verschulden eines Teils einen Ehescheidungsgrund abgaben. Seelische Momente wurden damit gänzlich ausgeschaltet.

Die jetzige Reform will auch nichts weiter, als bei der Zerrüttung des ehelichen Lebens das Verschuldensmoment beseitigen. Sie will jede tatsächliche Zerrüttung als Ehescheidungsgrund zulassen ohne Rücksicht darauf, ob diese Zerrüttung auf die Schuld eines Ehegatten zurückzuführen ist. Das ist, wie jeder sieht, noch immer viel weniger als die Gewährung der Ehescheidung wegen beiderseitiger unüberwindlicher Abneigung. Denn bei dieser brauchen irgendwelche Tatsachen überhaupt nicht in Erscheinung zu treten, die seelische Disharmonie der Ehegatten genügt zur Scheidung.

Wenn nun die Rechtspresse zetert, daß bei einer Erweiterung des Ehescheidungsrechtes alle Bande der Zucht und Ordnung sich lockern würden, so muß demgegenüber immer wieder betont werden, daß der altpreußische Staat gerade in der Periode, die von den Reaktionären als seine Blütezeit und als Musterbeispiel sittlicher Zucht und Ordnung hingestellt wird, ein so freies Ehescheidungsrecht gehabt hat, wie wir es heute kaum zu erträumen wagen.

von Guerard Ernährungsminister?

Eine Meldung aus Frankfurt a. M. besagt: Für den von Dr. Hermes abzugebenden Posten des Ernährungsministers soll, wie verlautet, der Zentrumsabgeordnete Geheimer Regierungsrat v. Guerard, Mitglied der Regierung in Koblenz und dritter Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Reichstages, in Betracht kommen.

Politische Rundschau.

Politische Notizen. Wie die „Deutsche Allg. Ztg." hört, steht die Aufhebung der Stelle für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr bevor. Die Geschäfte gehen auf die Zollverwaltung bzw. Reichsverwaltung über. — Halbamtlich wird zu dem Fall Hermes mitgeteilt, daß hinsichtlich der Zuckerverteilung von einer Bevorzugung des Winzerverbandes für Mosel, Saar und Ruwer nicht die Rede sein könnte. — Der große Ausschuß der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat sich gegen die gleitende Lohnskala erklärt. — Die organisierte Arbeiterschaft in der württembergischen Metallindustrie hat beschlossen, in den Streik zu treten. Es handelt sich um die Frage, ob 48 oder 46 Stunden in der Woche gearbeitet werden soll. — In Leipzig haben nach einer TU.-Meldung USPD., SPD. und KPD. sowie das Gewerkschaftskartell in Leipzig beschlossen, den 1. Mai dieses Jahres durch eine gemeinsame Demonstration der Leipziger Arbeiterschaft zu begehen. Ein gemeinsames Mai-Komitee ist gebildet worden. — In der alliierten Finanzministerkonferenz sind die Vorschläge Frankreichs abgelehnt. — Wie „Echo de Paris" mitteilt, liegt der gemischten Kommission des Völkerbundes zur Beschränkung der Rüstungen zu Lande ein Entwurf des englischen Mitgliedes Lord Esher vor. — Bei den Kammerwahlen in Rumänien wurden bisher im alten Königreich 111, in Bessarabien 31, in der Bukowina 16, in Siebenbürgen 33 Regierungsanhänger gewählt. Die Opposition dürfte etwa 60 Sitze erhalten. — Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Metallindustrie in England, die die Verweigerung der Aussperrung am 11. März bezweckten, sind endgültig gescheitert. — Wie aus Johannesburg in Südafrika gemeldet wird, ist die Lage im Kandminengebiet sehr ernst. Eine große Anzahl Arbeiter aller Erwerbszweige hat den Befehl zum Generalstreik Folge geleistet. Im Mittelpunkt der Stadt sind die Läden geschlossen. Der Verkehr ruht. — Die Dampferlinien der Vereinigten Staaten nahmen wieder an der kontinentalen Frachtratenkonferenz teil, wodurch die Gefahr des Frachtenkrieges gegen die holländischen, deutschen und belgischen Häfen im Atlantischen Ozean abgewendet ist. — Der frühere Generalintendant des Stuttgarter Hoftheaters Baron Gans Edler von Putlitz ist in Stuttgart im Krankenhaus nach einer Darmoperation gestorben.

Vermischtes.

Lenin als Schüler. Ein Sowjetblatt, die „Proletarische Revolution", hat vor kurzem einen interessanten Auszug aus dem „offiziellen Protokoll des Gymnasiums von Simbirsk" veröffentlicht, und zwar handelt es sich dabei um die Jahrgänge, die Wladimir Ulianow — der sich später Lenin nannte — als Schüler erhalten hat. Gefüllt sind diese Protokolle von dem Direktor des Gymnasiums Fedor Kerenski, dem Vater jenes Kerenski, der vor Lenin der Diktator Rußlands war und dann von dem Schüler seines Vaters gestürzt wurde. Die Jahrgänge Ulianows zeigen, daß er ein vorzüglicher Schüler und wahrer Musterknabe war. „Sehr begabt, sehr fleißig und ordentlich," heißt es in dem zusammenfassenden Urteil über seine Leistungen, „ist Ulianow in allen Klassen der Erste gewesen. Am Ende seiner Studien hat er die Goldene Medaille erhalten als der Würdigste". Die Schüler des Gymnasiums von Simbirsk wurden sehr streng beaufsichtigt, sie durften das Internat nur zu bestimmten Stunden verlassen und mußten sich bis in die kleinsten Einzelheiten der Hausordnung fügen. Lenin hat sich nicht das geringste Vergehen in dieser Hinsicht zuschulden kommen lassen. Die ganze Schulzeit Ulianows war erfüllt von „Religion und Disziplin", die Grundlagen sind nach den Angaben des Zeugnisses von den Eltern gelegt worden, die dem Knaben ein musterhaftes Beispiel strenger Bürgertugend gaben. Nur an einer Stelle der Charakteristik leuchtet etwas von dem heutigen Lenin hindurch, indem nämlich gesagt wird, Ulianow habe sich stets von seinen Kameraden ferngehalten, sei ein sehr ungeselliger Mensch gewesen und habe sich hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt. Uebrigens sind auch andere große Revolutionäre der Geschichte Musterknaben in der Schule gewesen, so Robespierre und Saint Just.

Wettervorhersage.

Morgen frische südliche Winde, teilweise heiter, erhebliche Niederschläge.

Eine Bluttat Berliner Verbrecher.

Ein doppeltes Verbrechen ist auf einem einsam gelegenen Bauerngehöft bei Bärwalde im Kreise Landsberg verübt worden. Zwei noch unbekannte Männer drangen abends in das Gehöft ein und überraschten das Besitzerpaar beim Abendessen. Sie töteten den Mann durch einen Kopfschuß und verletzten die Frau sehr schwer durch einen Schuß in die Brust. Dann durchsuchten sie die Wohnung, raubten 28 000 Mark und verschwanden später. Nach dem Ergebnis der Ermittelungen der Staatsanwaltschaft Landsberg haben die Raubmörder den Weg nach Landsberg zu eingeschlagen und sind von dort mit dem Zuge wahrscheinlich nach Berlin gefahren. Wahrscheinlich handelt es sich überhaupt um Berliner Verbrecher.

Für eine Million Mark Beute.

Ein ungewöhnlicher Einbruch wurde in der Nacht in Berlin auf dem Grundstück Taubenstraße 24, an der Ecke des Hausvogteiplatzes, verübt. Das große Eckhaus ist von Konfektionsgeschäften besetzt. Nur im vierten Stock befindet sich eine Luxuspapiergroßhandlung. Als die Geschäftsleute früh morgens in ihre Betriebe kamen, entdeckten sie, daß drei Geschäfte schwer bestohlen worden waren. Einbrecher waren vom Dach her zunächst durch die Bodendecke in die Luxuspapiergroßhandlung von Reufeld eingedrungen, hatten aber dort nichts angerührt. In einem der Räume hatten sie dann wieder die Decke durchbrochen und waren so in die Räume der Damenmäntelfabrik von Ephraimson u. Neumann gelangt. Ein dritter Durchbruch hatte sie endlich in den zweiten Stock geführt, in dem zwei Firmen ihre Betriebe untergebracht haben, die Stoff- und Blusenhandlungen J. Cohn jun. und Georg F. Meyer. Bei beiden räumten sie gründlich auf, ebenso bei Ephraimson u. Neumann im dritten Stock. Alles in allem schafften die Verbrecher an Stoffen und fertigen Sachen für ungefähr eine Million Mark weg, ohne daß man von ihnen etwas gemerkt hat. Eine andere Bande suchte die Blusenhandlung von Pulvofer in der Grünstraße 5—6 heim und stahl dort für eine halbe Million Seide.

Von Schutzpolizeibeamten zu Tode geprügelt?

Der „Berliner Lokalanzeiger" meldet aus Halle: Der Schäffer Friedrich Gartz, der wegen Krankenheit von der Schupo in Tangermünde festgenommen wurde, ist angeblich von den Beamten derartig verprügelt worden, daß er am nächsten Abend starb. Die Polizeiverwaltung hat die zuständigen Stellen von dem Vorfall verständigt.

Der drohende Ausbruch des Vesuv.

Der Vesuv ist, wie schon berichtet, wieder in Tätigkeit getreten. Im Innern des Kraters ist die Lava in stetem Steigen begriffen. Ihr Niveau befindet sich am Nordostrande des Kraters nur noch etwa dreißig Meter unter dem Kraterrand. Angesichts des riesigen Umfanges des Kraters, dessen Durchmesser bekanntlich mehr als einen halben Kilometer beträgt, ist es unberechenbar, wann sich die Lavamassen nach außen ergießen werden. Jedenfalls ist die Gefahr eines Ausbruches des Vesuvs drohend geworden. In den anliegenden Ortschaften greift eine lebhafte Beunruhigung um sich. Aus Torre del Greco, Torre Annunziata, Boscotrecase und Boscoreale, die nicht mehr als sechs bis sieben Kilometer vom Kraterrand entfernt sind, sind viele der Einwohner nach Neapel geflohen. Aber auch in Neapel selbst sieht die Bevölkerung den kommenden Ereignissen ängstlich entgegen, da man einen Ausbruch befürchtet.

Explosions-Katastrophe in Boulogne.

Beim Entladen von Geschossen auf dem früheren englischen Uebungsplatz explodierte ein Geschoßzünder, wodurch eine Feuersbrunst hervorgerufen wurde. Es werden zwei Tote gemeldet. Wahrscheinlich hat das Unglück noch weitere Opfer gefordert. — Zu dem Explosionsunglück wird weiter gemeldet: Ein in der Nähe befindliches englisches Munitionslager, das in das Eigentum einer englischen Firma übergegangen war, ist in die Luft geflogen. Bis jetzt sind 7 Tote, darunter fünf Frauen festgestellt, und außerdem 20 Verletzte. Die Zahl der Opfer dürfte noch größer sein.

Nachspiel der Grupen-Tragödie.

Aus Hirschberg wird gemeldet: Der Gefängnisinspektor Schenkte, der dem Doppelmörder Grupen im Gefängnis allerlei Gefälligkeiten erwiesen hatte und im dringenden Verdacht steht, die Flucht Grupens begünstigt zu haben, hat sich erschossen, nachdem gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet worden war.

Landesbibliothek Oldenburg

Entlarvte Mittelstandsfreunde.

Der Reichstag beriet in den letzten Tagen ein für die Vermieter wie für die Mieter außerordentlich wichtiges Gesetz: das Reichsmietengesetz. Es enthält Richtlinien für die Mietpreisbildung für Wohnungen, Läden und sonstige Gewerberäume. Bei der heutigen Wohnungsnot ist keine Freigabe der Mieten möglich. Eine unerhörte Mietsteigerung wäre die Folge. Sofort würde die Spekulation mit bebauten Grundstücken noch mehr um sich greifen. Und ständig zunehmende Verkaufspreise und Hypotheken würden die höheren Mieten „realisieren". Wer nur einen Funken Verantwortungsgefühl hat, kann dies nicht zulassen. Es war daher durchaus richtig von der Regierung und von den Parteien, welche sie unterstützen, wenn sie gesetzliche Vorschriften über die Mietpreisbildung verlangten an Stelle der bisherigen, welche nur auf Verordnungen beruhen.

Nach dem Gesetzentwurf soll die Friedensmiete zunächst die Grundlage dieser Berechnung bilden. Zu dieser treten Zuschläge für die gesteigerten Verwaltungskosten sowie der großen Instandsetzungskosten. Um den Vermietern und Mietern in besonders gefährdeten Häusern die Aufbringung der Kosten für große Reparaturen zu erleichtern, ist die Bildung eines besonderen Ausgleichsfonds zugelassen.

Gewiß bringt das Gesetz erhebliche Mieterhöhungen; aber die Mieter glauben sich damit abfinden zu können; denn das Gesetz schützt sie vor Mietpreissteigerungen, die über die gesteigerten Selbstkosten des Hausbesitzes hinausgehen. Und es räumt ihnen ferner ein Kontrollrecht ein über die Verwendung der für laufende und große Instandsetzungsarbeiten aufgebrachten Beträge. Es nimmt somit die Interessen der Mieterschaft wenigstens bis zu einem gewissen Grade wahr. Aber auch die Vermieter könnten mit dem Gesetz zufrieden sein: es gibt ihnen das Recht, anders als bisher, auch bei langfristigen Mietverträgen, die für eine Reihe von Jahren abgeschlossen sind, die Miete zu steigern und es ermöglicht ihnen, von den Mietern die Beträge für die Instandsetzungsarbeiten ohne das langwierige Verfahren zu erhalten, das heute der § 10 der Höchstmietenverordnung vorsieht.

Der organisierte Hausbesitz ist aber weit entfernt, diese Vorteile anzuerkennen. Es erhob sich ein Sturm der Entrüstung in der von den Hausbesitzern beeinflußten Presse. Protestresolutionen, Entrüstungstelegramme wurden zu Tausenden durch das Land geschickt und flatterten den Reichstagsabgeordneten auf die Tische. Endlich fand am 12. Februar unter der rühmlichst bekannten Regie des Schutzverbandes für den deutschen Grundbesitz in Berlin nochmals eine Massenprotestkundgebung statt, in der „die Bezwingung der Zwangswirtschaft" durch dieses Gesetz gebrandmarkt wurde.

Man konnte von vornherein darauf gespannt sein, welche Stellung die Rechtsparteien zu dem Gesetzentwurf einnehmen würden. Sie hatten bisher keine Gelegenheit vorüber gehen lassen, um sich dem Mittelstande als Helfer und Retter anzupreisen. Wo es nur ging, betonten sie, daß sie die Interessen der Kleinrentner und Sozialrentner, der Beamten und Angestellten, des Handwerks, der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen mit Nachdruck fördern wollten. Man mußte also erwarten, daß sie die Gelegenheit mit Freuden ergreifen würden, um alle diese Schichten durch gesetzliche Vorschriften vor übertriebenen Mietsteigerungen zu schützen.

Aber siehe da: als es zur Entscheidung kommen sollte, zeigte sich ein ganz anderes Bild! Natürlich wollten sowohl die Deutschnationalen wie die Deutsche Volkspartei getreu ihrer überlieferten Parole auch bei dieser Gelegenheit Mittelstandspolitik treiben. Aber ihr Begriff vom Mittelstand verengerte sich plötzlich in wunderbarster Weise. Vergessen war plötzlich die Sorge für die Tausende von kleinen Rentnern, für die Beamten und Angestellten, für die Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen, die vor dem Mietwucher geschützt werden müssen. Man dachte bei dem Worte „Mittelstand" nur noch an den organisierten Hausbesitz und seinen geräuschvollen Feldzug in der Presse und in der Oeffentlichkeit. Vor seinem Diktat fielen die Führer der Rechten, die Hergt und Stresemann, die sich so gerne als starke Männer aufspielen, sofort um. Sie dachten nicht einmal mehr daran, daß den von ihnen so geliebten Handwerkern durch die Regelung der Reparaturkosten aus dem Entwurfe dauernde und lohnende Beschäftigung bei der Reparatur der alten Häuser gesichert wäre. Sie horchten nur noch auf die Kundgebungen des Hausbesitzes und der mit ihnen verbündeten Hypothekenbanken und Großbanken. Diese verkündeten laut: „Fort mit der Zwangswirtschaft!" Und gehorsam brachte der Abg. Hergt mit seinen Gewirtschaftsfreunden ein, in welcher der Reichstag aufgefordert wurde, seiner Abneigung gegen die Zwangswirtschaft Ausdruck zu geben und das Gesetz abzulehnen. Eine ähnliche Fanfare blies die Deutsche Volkspartei. Auch sie trat für Ablehnung des Gesetzes ein.

Der Zweck dieser Manöver ist klar: es soll auf baldigen Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen hingewirkt werden. Die „Goldwerte" der alten Häuser sollen „realisiert" werden — freilich nicht für das Reich oder für die Gemeinden, sondern für die Herren Hausbesitzer selber, denen noch dazu bei den meisten großstädtischen Mietskasernen kaum ein Zehntel des Anlagekapitals gehört! Hier eröffnen sich den Spekulanten und Schiebern, gegen die die Rechtsparteien sonst immer so scharfe Worte finden, die herrlichsten Aussichten. Was aus den Mietern wird — wer fragt danach!!

Das sagen dazu die rechtsparteilichen Wähler, die nicht zufällig Hausbesitzer sind, und die durch die schönsten Versprechungen in das Lager der Reaktionäre hinübergelockt sind? Werden sie endlich erkennen, wozu man sie mißbraucht? Werden sie einsehen, daß man den „nationalen Gedanken", mit dem man sie bisher geködert hat, nun dazu benutzt, um dem Hausbesitz zu ungeahnten Mietsteigerungen und zu Milliardengewinnen zu verhelfen?

Sind sie gewillt, aus ihren sauer verdienten Löhnen oder Gehältern diese Milliarden zu verzinsen? Das Verhalten der beiden Rechtsparteien beim Reichsmietengesetz muß ihnen endlich zeigen, welchen Wölfen in Schafspelzen sie sich bisher anvertraut haben! Wenn diese Erkennung nun endlich durchbricht, dann sind die Mühen der Rechtspartei nicht ohne Erfolg gewesen, wenn auch in anderem Sinne als die Herren Hergt, Stresemann, Gutknecht und Deythien gedacht haben. Der Abgeordnete Schulz-Bromberg, einer der Vorkämpfer der Deutschnationalen, rief bei der Beratung am 22. Februar aus: „Werft das Scheusal in die Wolfsschlucht!" Er meinte damit den Gesetzentwurf. Aber es ist notwendig, etwas ganz anderes in die Wolfsschlucht zu werfen. Nämlich das Lug- und Truggewebe von der Mittelstandsfreundlichkeit der beiden Rechtsparteien. Sie haben jetzt, als ihnen die Pistole auf die Brust gesetzt wurde, ihr wahres Gesicht gezeigt. Und die Mieter sollten das nicht wieder vergessen!

(Vorwärts.)

Parteinachrichten.

Aus dem Bezirk Görlitz. Als eine Hochburg der SPD. gilt innerhalb unserer Partei in Schlesien der Bezirk Görlitz. Auch nach dem letzten abgeschlossenen Quartalsbericht hat sich allen Anstürmen zum Trotz unsere Niederschlesische Parteiorganisation immer weiter nach aufwärts entwickelt. Der erfreuliche Umschwung kommt in folgenden Zahlen zum Ausdruck: Im ersten Quartal des Geschäftsjahres 1921/22 waren 891 Ortsgruppen vorhanden, die insgesamt 37 490 Mitglieder (31 753 männliche, 5737 weibliche) zählten. Das abgeschlossene 3. Quartal weist 417 Ortsgruppen mit 47 661 Mitgliedern (40 506 männliche, 7155 weibliche) auf. Die Zahl der Ortsgruppen hat sich demnach um 26 und die Zahl der Mitglieder um zirka 10 200 vermehrt. Auch die Beitragszahlung ist eine gute; pro Quartal wurden durchschnittlich von jedem Mitgliede 10 Beiträge entrichtet. Hoffen wir, daß der Bezirk Görlitz das neue Geschäftsjahr mit einem Mitgliederstand von 50 000 Genossen abschließt.

Gewerkschaftliches.

Schiedsspruch in Sachen der Berliner städtischen Arbeiter. Die städtischen Arbeiter und Beamten haben, wie erinnerlich, Lohn- und Gehaltsforderungen gestellt, die sich auf insgesamt 1 Milliarde 400 Millionen Mark belaufen. Nunmehr hat das vom Reichsarbeitsamt eingesetzte Schiedsgericht über den neuen Lohntarif der städtischen Arbeiter auf Grund des Vorschlages des Magistrats seinen Schiedsspruch gefällt. Danach erhalten die männlichen Arbeiter für Februar eine einmalige Zulage von 200—800 Mark in vier Gruppen, je nach dem Lebensalter; vom März an erhalten dieselben Arbeitergruppen eine Stundenzulage von 1 Mk. bis 1,50 Mk. Die weiblichen Arbeitnehmer erhalten 80 Prozent dieser Zulage. Diese Regelung gilt bis 31. März, danach ohne Kündigungsfrist bis auf weiteres. Eine Erklärung muß bis 15. März einschließlich erfolgt sein.

Die Beamtenzentrale des ADGB. und Afa-Bundes. Wie die neueste Nummer des „Deutschen Eisenbahner" mitteilte, billigt der erweiterte Vorstand des DEV. die unter Mitwirkung seiner Vertreter beschlossene Satzung der zu errichtenden freigewerkschaftlichen Beamtenzentrale des ADGB. und des Afa-Bundes. Nachdem auch die übrigen beteiligten Verbände des ADGB. und des Afa-Bundes dem Satzungsentwurf ihre Zustimmung gegeben haben, kann jetzt die Zentrale ihre Tätigkeit aufnehmen. Wie wir hören, soll das auch sofort geschehen.

Die schwedischen Gewerkschaften. Der Bericht des Schwedischen Gewerkschaftsbundes über das Jahr 1921 verzeichnet einen Rückgang der Mitgliederzahl von ungefähr 7 Prozent. Dieser Umstand ist der Wirtschaftskrise zuzuschreiben. Besonders die Gewerkschaft der Fabrikarbeiter hat an Zahl eingebüßt. Auf der anderen Seite wird der Gewerkschaftsbund durch den Anschluß der Eisenbahner und Papierarbeiter von Anfang 1922 um 50 000 Mitglieder zunehmen. Die Gewerkschaften der Textil-, Land- und Elektrizitätsarbeiter sind immer noch nicht dem Gewerkschaftsbund beigetreten. Für Arbeitslosenunterstützungen haben die Gewerkschaften 10 Millionen Kronen verausgabt, wovon die Hälfte auf die Metallarbeiter entfällt. In der Industrie sind Lohnherabsetzungen im Umfang von 20—23 Prozent vorgenommen worden. Die gewerkschaftliche Arbeit bestand größtenteils in dem dagegen geführten Kampfe.

Aus dem Lande.

Accum. Männerturnverein. Am Donnerstag den 9. März hielt der Verein eine gutbesuchte Monatsversammlung im Vereinslokal Antonslust ab. Unter Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende Bericht über das 1. Arbeiter-Turn- und Sportfest in Leipzig, welches vom 22.—25. Juli stattfindet und wozu jedes Mitglied zur Deckung der Unkosten zwei Garantiefondsmarken das Stück zu 1 Mark nehmen muß. Die Gemeindevertretung hat 400 Mark für Anschaffung von Geräten bewilligt. Es wurde beschlossen, am 25. März im Vereinslokal ein Stiftungsfest zu veranstalten. Das Programm enthält Freiübungen und Keulenschwingen, Theater-Unterhaltung mit nachfolgendem Ball, und es wird wohl keiner, wer Lust und Liebe für Sport hat, von Accum und Umgegend zu Hause bleiben.

Brake. Pachtpreissteigerungen. Die städtischen Berme (kleine Grasflächen) an der Weserstraße, die in sechs bis sieben Teilen von je etwa 100 Metern am Montag verpachtet wurden, haben kleine Ziegenhalter inne gehabt. Sie bezahlten bisher 6, 10, 12 und 15 Mark für ein solches Stückchen. Bei der letzten Verpachtung trieb nun ein Landwirt Bg. den kleinen Leuten ein solches Stückchen bis zu 800, andern bis zu 400 und einem sogar bis zu 500 Mark hinauf. Die armen Teufel von Ziegenhalter waren gezwungen, mitzumachen, da ihnen andernfalls nur der Weg offen blieb, ihre Ziegen abzuschlachten oder zu verschleudern. Die Erregung, die sich dieser Leute bemächtigt hat, wird sich der übrigen Bevölkerung bald mitteilen.

Einswarden. Oeffentliche Volksversammlung. Am Montag den 13. März, abends 7,30 Uhr, spricht im „Goldenen Löwen" der Schriftsteller, Genosse Franz Laufkötter-Hamburg über wirtschaftliche und politische Zeitfragen. Der Eintrittspreis beträgt 1 Mark. Die Einwohner Einswardens und Umgegend, besonders die Frauen, sind freundlichst eingeladen.

Wangeroog. Volkshochschule. In unserer Landesvolkshochschule wurde in diesen Tagen der zweite Kursus dieses Winters eröffnet. Nicht weniger als 40 Männer aus Oldenburg und Ostfriesland haben sich zur Teilnahme eingefunden. Diese unerwartet hohe Zahl zeigt die wachsende Anerkennung der Volkshochschule. Der nächste Kursus beginnt am 1. November. Er umfaßt vier Monate und soll für Männer, Frauen und junge Mädchen gemeinsam sein. Hoffen wir, daß Ostfriesland dann auch wieder so stark vertreten sein wird wie jetzt.

Borkum. Auf Borkum ist alles anders. Der Pionier-Offizier auf der Insel hat zwei Dienstpferde. Eins würde für ihn bei den kurzen Wegstrecken und dem Vorhandensein einer Draisine vollauf genügen. Er benutzt auch nur eins, während das zweite, wie man sich fast täglich übergeugen kann, von seiner Frau oder Tochter geritten wird. Kann sich unser verarmter Staat noch den Luxus leisten für Spazierritte von Offiziersfrauen, Dienstpferde zur Verfügung zu stellen? Ist es nicht endlich Zeit, daß mit dem alten Privileg aus der Vorkriegszeit, wonach Offiziere zwei oder mehr Pferde zur Verfügung standen, gebrochen wird und Dienstpferde nur dem wirklichen Bedürfnis entsprechend, zugeteilt werden.

Helgoland. Gestrandeter Dampfer. Bei Helgoland ist der amerikanische Dampfer „West Munham" gestrandet. Der Dampfer befindet sich in gefährlicher Lage. Schleppdampfer der Bugsier-, Reederei- und Bergungs-A.-G. und des Nordischen Bergungsvereins befinden sich an der Unfallstelle und arbeiten an der Abbringung, die aber durch stürmisches Wetter erschwert wird. Der Dampfer, der bereits einen Teil seiner Ladung geworfen hat und leck ist, sitzt auf festigem Boden. Die Besatzung des Schiffes hat das Schiff verlassen und sich auf die Insel begeben.

Bremerhaven. Wohnungsbeschaffung. Die Stadtverwaltung zahlt Prämien in gestaffelter Höhe für das Freimachen von Wohnungen innerhalb der Stadtgemeinde Bremerhaven. Wer in Bremerhaven eine selbständige Wohnung mit Küche inne hat, und sie dadurch ganz frei macht, daß er seine Haushaltung mit einer anderen vereinigt, kann danach eine Prämie aus Mitteln der Stadtkasse erhalten. Die Vergütungen sollen für die Freimachung einer Wohnung von sieben und mehr Zimmern nebst Küche, Mansarde und Keller bis zu 4000 Mark betragen, absteigend für kleinere Wohnungen bis zu 1000 Mk. Voraussetzung für die Bewilligung der Prämie ist, daß der die Wohnung Aufgebende auf die Dauer von fünf Jahren auf die Zuweisung einer neuen Wohnung in Bremerhaven verzichten muß.

Bremen. Die Bremer Buchdrucker feiern den 1. Mai! In einer zahlreich besuchten Versammlung nahmen die Bremer Buchdrucker Stellung zur Frage der Maifeier. Ein entsprechender Antrag fand einstimmige Annahme. Es heißt darin u. a.: Die Bremer Buchdrucker werden — ungeachtet der eventuellen Beschlüsse der Bürgerschaft — an dem 1. Mai als Feiertag festhalten und fordern das Gewerkschaftskartell und die einzelnen Verbände auf, unverzüglich Stellung zur Gestaltung des 1. Mai als Demonstrations-Feiertag des Proletariats zu nehmen.

Rüstringer Parteiangelegenheiten.

Schaar und Umgegend. Sonntag den 12. März, abends 8 Uhr, in Meenens Gasthaus in Schaar: Distriktsversammlung. Tagesordnung: 1. Die letzten Arbeiten des Rüstringer Stadtrats; 2. Parteiangelegenheiten; 3. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Der Distriktsführer.

Verantwortlich für Politik, Feuilleton und den allgemeinen Teil: Josef Kliche, für Aus Stadt und Land: Karl Schah, Verlag Paul Hug; Druck Paul Hug u. Co., sämtl. in Rüstringen.

WICHSMÄDEL das BOHNERWACHS der besseren HAUSFRAU
Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften
Hersteller Wichsmädelwerke, Dresden-Reick

Persil das selbsttätige Waschmittel in höchster Vollendung!
Es ist nicht nur das beste, sondern auch im Gebrauch billigste Waschmittel.
Wenig Arbeit, geringer Kohlenverbrauch, größte Billigkeit!
Achten Sie auf diese Vorzüge und kaufen Sie nur Persil.
Alleinige Fabrikanten: Henkel & Cie., Düsseldorf, auch der „Henko", Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Rüstringen.

Betrifft Wagen-Luxussteuer.

Nach der unterm 4. Januar 1922 veröffentlichten Steuerordnung unterliegen der Besteuerung sämtliche Besitzer von Feder- und Rennwagen mit Ausnahme der Federackerwagen, der Federwagen von gewerblichen Lohnfuhrwerksgeschäften und denjenigen Federwagen, die ausschließlich zu Frachtfuhrzwecken benutzt werden.

Zwecks Durchführung der Besteuerung ergeht die Aufforderung an die Inhaber der Wagen, die Zahl der Wagen bis spätestens den 31. März 1922 auf dem städtischen Steueramt, Bismarckstraße 158, Zimmer Nr. 6, anzumelden. (1047

Stadtmagistrat. Kleine.

Kirchensache Heppens.

Die geprüfte Kirchenrechnung für 1920/21 liegt vom 12. bis 26. März in Joswigs Gasthause aus. [10477

Der Kirchenrat. Rodiek, Pfarrer.

Wilhelmshaven.

Säuglingspflege.

Am Mittwoch, den 15., abends 8 Uhr, und am Donnerstag, den 16. d. M., nachmittags 5 Uhr und abends 8 Uhr, findet im Werftversammlungshause die Vorführung des Kultur- und Lehrfilms „Säuglingspflege" statt. Die Vorführungen werden durch einen sachärztlichen Vortrag des Herrn Dr. med. Arkenau erläutert. [10473

Eintrittspreis 3 Mark.

Wilhelmshaven, den 9. März 1922.

Der Magistrat. Wohlfahrtsamt. Täger.

Jever.

Bei Ablieferung der Steuermarken für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1921 sind die Einkommensteuerbescheide für 1920 mitvorzulegen, da sonst auf eine Abfertigung nicht zu rechnen ist. [10487

Jever, den 10. März 1922.

Finanzamt Jever. Willig.

Kaufmännischer Lehrling
mit guter Schulbildung aus achtbarer Familie. Ostern 1922 gesucht
Gas- und Elektrizitätswerke
Wilhelmshaven-Rüstringen G. m. b. H.

Nicht übersehen!
Erstes norddeutsches Haus sucht noch zu allerhöchsten Preisen [10486
Perser-Teppiche
jeder Größe (auch beschädigt), Japan- und Chinaseiden jeder Art, Longchalls Kelims usw. — Eilangebote erbeten unter „W. 601" an Werbehaus Welge, Prinz-Heinrich-Straße.

In ½ Stunde vernichten Sie unter Garantie Kopf-, Filz- und Kleiderläuse sowie Brut (Nitt.) Wanzen, Flöhe bei Mensch und Tier. „Rieselda", g. gesch. Mittel. Wunden unschädlich. Verkauf Behle, Prinz-Heinrich-Str. 5, Postverl.

Wir empfehlen zum billigen Preise von Mark 3.00 einen Restposten
Neue-Welt-Kalender
mit Wandkalender u. Verzeichnis der deutschen Messen und Märkte.
Der im 46. Jahrgange erscheinende Neue-Welt-Kalender für 1922 ist reich illustriert und bringt auch in diesem Jahre allerlei Wissenswertes aus allen Gebieten des täglichen Lebens. Neben belehrenden Artikeln enthält er eine Reihe Gedichte und Erzählungen.
Paul Hug & Co., Rüstringen, Peterstr. 76.

Henning Brot

Tausch.
Dreizimm. Wohnung m. Stall u. Gartenland in Heidmühle geg. Wohnung o. Gartenl. in Rüstringen zu tausch. gesucht. Näh. Fr. Harms, Bremer Str. 7. H.-Kohn, Genossenschaftsstr. 76. [10471

Mitesser
Pickel, Pusteln u. viele andere Hautunreinigkeiten entfernt verblüffend schnell Cosm. Flasche 12.50 M. Fein parfümiert. Erfolg verbürgt. Nur echt bei
Drogen-Meyer
Marktstraße 18 und 46

Landesbibliothek Oldenburg

Jede Hausfrau spart an falscher Stelle

wenn sie ihre Wäsche im Hause wäscht. — — — Wäsche nach Gewicht, Trockenbodenfertig, getrocknet und gemangelt (fast schrankfertig) liefert in tadellosester Ausführung bei schonendster Behandlung

Union, Deutsche Neuwäscherei
Fernruf 858. Kasinostrasse 8. Fernruf 858

Abholung und Lieferung erfolgt prompt durch eigene Gespanne. Ein Versuch überzeugt.

Annahmestellen im Hauptgeschäft sowie sämtl. Filialen der Färberei Eilers: Schillerstr. 14, Marktstr. 47, Bismarckstr. 46, Roonstr. 99, Gökerstr. 90

Zu verkaufen

Waschkommode, Kleiderschrank, Nähmaschine, rote Plüschgarnitur zu verkaufen. [10463 Vogel, Lilienburgstr. 20.

Damen-Fahrrad zu kaufen gesucht [10476 Oldenburgerstraße 7, III l.

Ackerbude zu verkaufen abends nach 5 Uhr [10459 Zebeliusstraße 34, II m.

Guterhaltene **Bettstelle** mit neuer Matratze zu verkauf. Karl-Heinrichs-Stift 19, p. r. [10470

Kleiderschr., Serviertisch Kommode, Schreibpult, Vertiko, H.-Taschenuhr u. Oelmantel zu verk. Kaiserstraße 147 I l.

2 Kinderwagen, Sitzliegewagen und Sportwagen zu verkaufen. 10458 Rüstringer Str. 30 I l.

Guterh. schw. D.-Kostüm Gr. 44, Schneiderarbeit, Mitscherlichstr. 37, III l.

Küchenherd zu verk. Jachmannstraße 2, II.

Ein Fuder **Dünger** geg. Pflanzkartoffeln zu vert. o. z. vk. 1½ t. n. Fuhrbollschuhe zu vert. Holsteinstr. 10 (Stadtpark-Kolonie). [14506

Jüngl.-Anzug bill. z. vk. Bordumstr. 6, II l.

Zu kaufen gesucht

Eisen, Lumpen, Blei, Stanniol, Metalle und Flaschen sowie sämtliche Rohprodukte kauft zu höchsten Tagespreisen **Backer,** Hollmannstr. 45 10336] Telephon 1375.

Einzelne Möbel sowie **ganze Hausstände** kaufen laufend **Carstens & Precht** Müller-, Ecke Ulmenstr. Telephon 2150.

Platin, Gold und Silber-Bruch kauft höchstzahlend **H. Braun** Uhrmacher und Goldarbeiter, Markt kr. 31 Tel. 932.

Gold-, Platin-Silberbruch kaufen höchstzahlend **Janßen & Thymm** Uhrmacher, Goldschmied Rüstringen, Börsenstr. 59

Gebr. Möbel kauft Weber, Roonstr. 202 Banter Markt. T. 1396

Wer gibt **junges Meerschweinchen** ab? Off. u. W 10 an die Republik.

Stellenangebot

Suche zum 1. Mai für meinen kleinen landwirtschaftl. Haushalt ein **Mädchen** von 14—16 J. Schaar 87. **H. Lohe.**

Mehr. Malergehilfen sofort gesucht. [10377 **W. Siebrands,** Schulstraße, Ecke Kaufstraße.

Maler-Lehrling sucht **Diedrich Meyer,** 10441] Schoarreihe 39.

Gesucht auf ländlichem Hof in der Nähe Bremens tüchtiges **Mädchen** geg. guten Lohn. Zu melden Kaiserstraße 20, 2. St. (Greiff). [10462

Alte renommierte Versicherungsgesellschaft sucht stille und offizielle **Vertreter.** Off. u. N. 310 a. Exp. d. Bl.

Gesucht ein tüchtiger Großstückschneider. **Schwelba** Bismarckstraße 64

Verschiedenes

ODEON Rüstringen, Nordstr. 24. Jed. Sonntag u. Freitag **Tanz-Kränzchen** Es ladet freundl. ein **Fritz Wieter.**

Hansasaal Schulstraße 20. Jeden Sonntag **Großer Ball** Es ladet freundl. ein **W. Wüllner.**

Stadt Heppens Jeden Sonntag: **Oeffentl. Ball!** **G. Frerichs.**

Alt Hautjucken wird unter Garantie in 3 Tagen m. echter **Krätzeseife „Pura"** geheilt. Gerichtl. o. Berufsstör. Pak. f. Kind 6.50 f. Erwachs. 10, kit. Fälle 15 Mk., Doppelpak 24 Mk Dazu **Luna-**Blutreinigungstee 3,50 u. 6 Mk. Allein echt d. Drogerie: **Joh. Arndt Nachf.** **Werftstrasse 14.**

REGISTRIER- U. SONDERKASSEN MANFRED TOP. FABRIKGARANTIE
W. R. G. Koch Wilhelmshaven Kaiserstraße 35 Fernruf 1287

Hygienische Gummiwaren kaufen Sie vorteilhaft im Whaven. Sanitätshaus Göterstraße 16.

Sommersprossen Ein einfaches wunderb. Mittel teile ich gern jedem kostenlos mit. **Frau M. Poloni,** Hannover, L 562 Schließfach 106

Plakate aller Art stets vorrätig bei **Paul Hug & Co.** Kaufe dauernd

Reparaturen, Neuanfertigung, von Schuhwaren erledigt aufs beste **B. Conerus.** Gr. Wiemken-Straße 17. Auch kann Leder mitgebracht werden.

Deckers Mühlenhof. Jeden Sonntag, pünktlich 4.30 Uhr: **Konzert** mit **Tanzeinlagen.** 9754 Es ladet frdl. ein: Arnold Jarnecke.

Elysium. **Die Preis-Maskerade** der Freiwilligen Feuerwehr Rüstringen findet am 11. März 1922 statt. [10282

Lilienburg Sonntag, den 12. März **Tanzkränzchen** Es ladet freundl. ein 10482] **J. Klemmsen.**

Wer hat Stoff? Wir liefern einen garantiert gut sitzenden [10245 **Anzug für 650 Mk.** mit unseren Zutaten gearbeitet. **Alfred Mendel & Co.** Tuchlager und Maßschneiderei **Filiale Neue Straße 5** (nahe Bismarckstraße und Seemannshaus)

1X erprobt, immer gelobt: Sommerhüte! Hut-Umpreßfabrik „Frisia" Wilhelmshavener Straße 114. Lieferzeit 10 Tage. Auch 1—3 geöffnet.

Sämereien in bekannter guter keimfähiger Qualität empfiehlt **Sterndrog. Paul Herms** Göterstraße 89.

Klempnerei und elektrotechn. Geschäft. Be- und Entwässerungsanlagen, Bade-Einrichtungen, Spülklosetts, Blitzschutz-Vorrichtungen, elektr. Licht- und Kraft-Anlagen, Reparaturwerkstatt für Elektromotoren, Plätteisen, Koch- u. Heiz- u. sonst. elektr. Apparate, Vernickelei, Dreherei, autogenische Schweißerei. [15148 **Gebr. Buss, Rüstringen in Oldenburg,** Mitscherlichstraße 16, Fernruf Nr. 929.

Harnröhren-Leidende Bekämpfen Gonokokkeninfektion werden gegen frischen und veralteten Ausfluß das seit lang. Jahren bewährte Eubalsol Eubalsol-Kapsel gel. geschützt, an. 1 Pl. Eubalsol zusammen 22 Mk. 1 Pl. Eubalsol zusammen 18.50 Mk. Diskrete Verpackung ohne Kosten. Beiliegende Broschüre m. zahlreichen Anerkennungen von Aerzten und dankbaren Patienten kostenlos zu verlangen. Versand ohne Aufbruch gegen 4 Mk. für Porto und Spesen. **Adler-Apotheke, Sommerfeld** 217 (Bez. Frankfurt a. Oder)

Friedrichshof Jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag: **BALL!**

Rohrstühle flechtet Invalide **A. Kauschke,** Heppenser Batterie 26.

Kammer-Lichtspiele. Heute und folgende Tage: Das große naturgeschichtliche Meisterwerk: **Shackletons Südpol-Expedition** Ein lebendes Dokument, eine wahrheitsgetreue Schilderung in 5 Akten.

Dieser Film schildert in spannend. Weise den Verlauf sowie die großen Gefahren und Abenteuer, die der berühmte Polarforscher Shackleton währ. seiner letzten 3jähr. Südpol-Expedition (25 000 km durch Eis und Schnee) zu überwältigen hatte.

Deutsche und Colosseum-Lichtspiele. **Ab Montag täglich** nachm. 4 Uhr: **Grosse Familien- und Kinder-Vorstellung.**

Wohnungs-Einrichtungen fertigen geschmackvoll [10467 **Gebr. Trüper, Mellumstr. 18**

Rüstringer Maschinen-Strickerei Wilhelmshavener Straße 62. Anfertigung sämtlicher Strickarbeiten, Umarbeiten von Sweatern zu Strickjacken, Westen usw. [10112

Trauringe konkurrenzlos billig bei 7861 **Georg Frerichs jun.** Uhrmacher u. Goldarbeiter Rüstringen, Ecke Göker- und Ulmenstraße.

Milchgeschäft über 30 Jahre bestehend, mit guter Kundschaft, zum sofortigen Antritt zu verkaufen. Das Geschäft kann mit oder ohne Pferd verkauft werden. Auskunft durch Rechnungsteller **Reents,** Rüstringen, Bülowstraße 9. [10460

Ich kaufe alte, künstliche **Gebisse** Zahn von 20 Mark an, **Platin-Brennstifte, Uhren, Ketten, Ringe** und **Brechen** in **Gold, Silber** und **Double,** alles (auch zerbrochen), **Treffen** und **Galonstreifen.** Bevor Sie verkaufen, holen Sie sich meine Preise ein! [10466] **A. Finke,** Kaiserstraße 85, p. r.

Einladung zur ordentlichen Halbjahres-generalversammlung

Die Mitglieder werden hierdurch zur ordentlichen Halbjahres-Generalversammlung, die am Montag, den 20. März abends 8 Uhr, im **Friedrichshof** stattfindet, freundlichst eingeladen. [10464

Tagesordnung:

1. Bericht über das erste Geschäftshalbjahr 1921/22.
2. Aenderungen der §§ 25 Abs. 3 und 4, 36 Abs. 1, 43 Abs. 1, sowie 45 der Satzungen und Festsetzung nach § 49 des Genossenschaftsgesetzes.
3. Beschlußfassung nach § 36 Abs. 6 der Satzungen.
4. Beschlußfassung über den Erwerb von Grundstücken.

Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die grüne Legitimationskarte gilt als Ausweis, ohne diese Karte kein Stimmrecht.

Der Aufsichtsrat des Konsum-Vereins für Rüstringen und Umgegend e. G. m. b. H.
Behncke, Vorsitzender.

Bitte ausschneiden und aufbewahren!

Vereinigung der Rüstringer Hausbesitzervereine.

Für die Mitglieder der Hausbesitzervereine Rüstringen I, II und Neuengroden sind die Sprechstunden vom 13. März an folgenden Tagen, nachm. von 5 bis 7 Uhr geöffnet:
Montags und Freitags Uhlandstr. 7 (Rüstringen I) und Mittwochs Göterstraße 99 (Rüstringen II). **Der Vorstand**

Sozialdem. Wahlverein Rüstringen-Wilhelmshaven **Am Sonnabend, den 11. März, abends 8 Uhr im Tonndeicher Hof:** **Mitglieder-Versammlung**

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Der Zusammenschluß der Elektrizitäts- und Gaswerke. 3. Parteiangelegenheiten. 4. Verschiedenes. :—:

Die Mitglieder werden ersucht, in dieser Versammlung zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. **Der Vorstand.**

Einswarden. **Am Montag, den 13. März 1922, abends 7.30 Uhr, im „Goldenen Löwen":** **öffentl. Volksversammlung!** **Thema: Wirtschaftliche und politische Zeitfragen. — Referent: Schriftsteller Genosse Franz Lautstätter, Hamburg.**

Der Eintrittspreis beträgt 1 M. Freie Aussprache.

Die Einwohner Einswardens und Umgegend, besonders auch die Frauen sind freundlich eingeladen. [10436

Sozialdemokratische Partei (S. P. D.)

Stadt Heppens **Heute Sonnabend:** **Großer Einwihungs-Ball!** Anfang 8 Uhr [10475] Anfang 8 Uhr Es ladet freundlichst ein **G. Frerichs.**

Am 9. März cr. starb plötzlich und unerwartet meine liebe Frau, unsere gute Mutter [10468 **Klara Wahlmann** im Alter von 52 Jahren. Dies zeigen an **Karl Wahlmann, Erna Wahlmann, Erich Wahlmann.** Rüstringen, den 9. März 1922. Die Beerdigung findet am Montag, den 13. März, nachm. 2.30 Uhr, von der Leichenhalle des Heppenser Friedhofes aus statt.

Tiefschwarz glänzt im Nu mit **Pilo** der Schuh

ALHAMBRA Sonnabend, Sonntag, Montag: **Nur ein Traum** Hauptspiel Felix Kroll.
Sonntag vorm. 11.30 Uhr: **Der Kammersänger** v. Franz Wedekind mit Gb. Eysend.
Sonntag nachm. 4 Uhr: **Minna v. Barnhelm** Halbe Preise.
In Vorbereitung: **Liebe!** Schauspiel in fünf Akten von Anton Wildgans.

Accum. **Sonntag, d. 12. März:** **Theater-Abend mit Ball** Anf. 7 Uhr. Eintr. 4 Mk. Es laden freundlichst ein Das Komitee. B. Eggert.

Siebelhsburger Heim. Empfehle meine Lokalitäten einer freundlichen Beachtung. **Geräumiges Kindzimmer** noch einige Wochentage und Sonntags frei. Spezialität: Schöne Ostendorfer Bittern. 4286] **Paul Puck.**

Naturheilung! nach Krankheitsbeginn aus den Augen. **Wilh. Heuschreiber** Wilhelmshav. Str. 5, II. Seiteng., n. Buchh. Oben

Deutscher Bauarbeiter-Verb. Rüstringen-Wilhelmshaven. **Nachruf!** Am Dienstag, d. 7. d. M., verstarb im Alter von 39 Jahren unser Kollege, der Maurer **Max Riedrich.** Die Beerdigung findet am Montag, den 13. d. M., nachmittags 2.30 Uhr, von der Leichenhalle in Altenburg aus statt. [10469 Um rege Beteiligung bittet: **Der Vorstand.**

Aus der Betriebsrätepraxis

von Clemens Nörpel, Sekretär der gewerkschaftlichen Betriebsräte-Zentrale des A. D. G. B. und des Afa-Bundes.

Das Buch führt den Betriebsrat in seine Tätigkeit ein und legt den Sinn und Zweck des Gesetzes klar. Es ist ein Lehrbuch der Praxis sowohl für den Neuling als auch für den bereits erfahrenen Funktionär.

Jeder Betriebsrat, Gewerkschaftsfunktionär und Referent, überhaupt Arbeitnehmer wie auch Arbeitgeber brauchen neben Flatows „Kommentar zum Betriebsrätegesetz" dieses Buch, dem in Kürze der 2. Teil mit einer vollständig prinzipiell durchgearbeiteten Sammlung von Urteilen, Schiedssprüchen und Bescheiden zu sämtlichen Paragraphen des B. R. G. folgen wird. Die alljährliche Fortsetzung des Werkes ist geplant.

Bei Bestellungen auf nebenstehendem Bestellschein bis zum 14. März **10.00 Mk.,** Ladenpreis später 12.00 Mk.

Buchhandlung Paul Hug & Co., Rüstringen, Peterstraße.

Bestellschein.

Der Unterzeichnete bestellt hiermit das Buch **„Aus der Betriebsrätepraxis"** von Clemens Nörpel zum Vorzugspreise von 10.00 Mk. Lieferung sofort nach Erscheinen.

Name .....

Beruf .....

Wohnung .....

An die **Buchhandlung Paul Hug & Co., Rüstringen.**

Landesbibliothek Oldenburg

Nr. 60
36. Jahrgang

Beilage.

Sonnabend,
den 11. März 1922

Oldenburg und Ostfriesland.

Zusammenschluß der Gas- und Elektrizitätswerke der Jadestädte.

Der Magistrat schreibt uns: Der Rüstringer Stadtrat hat am nächsten Montag in zweiter Lesung eine Vorlage endgültig zu verabschieden, welche für die Stadt von weittragender Bedeutung ist. Es ist notwendig, die Bürgerschaft mit den wesentlichsten Teilen der Vorlage bekannt zu machen, damit sie sich selbst ein einwandfreies Bild von der Sachlage machen kann.

Bis zum Jahre 1909 befanden sich die Gaswerke Wilhelmshaven-Rüstringen in der Hand der Thüringer Gas-Gesellschaft. Die beiden Städte bezogen den elektrischen Strom gemeinsam von den Siemens Elektrischen Betrieben, formten ihn in einer gemeinsamen Transformatorenstation um und verteilten ihn gesondert mittels eigener Leitungsnetze. Die Stadt Wilhelmshaven hatte ein Ankaufsrecht auf die Gaswerke, während Rüstringen keinen Rechtsanspruch auf irgendwelche Teile der Gasversorgung hatte. Dieser Zustand wurde schon vor 1½ Jahrzehnten als unerträglich empfunden, und die Stadt versuchte wiederholt, Einfluß auf die Gasversorgung zu gewinnen und Nutzen aus ihr zu ziehen. Durch den Ausbruch des Weltkrieges wurden die Bemühungen der Stadt, kurz bevor sie Erfolg hatten, vereitelt. Auch die nach dem Kriege eingeleiteten Verhandlungen blieben erfolglos, weil Wilhelmshaven mit der Thüringer Gas-Gesellschaft ein gemischt-wirtschaftliches Unternehmen gründete, welches die Gasversorgung der beiden Städte und die Stromversorgung Wilhelmshavens umfaßte. Die neue Gesellschaft gab sofort der Stadt Rüstringen Gelegenheit, in gleicher Weise wie Wilhelmshaven, also unter Einbringung ihres Elektrizitätswerkes, als vollberechtigter Gesellschafter in die Gesellschaft einzutreten.

Die Stadt Rüstringen ist nach obigem heute ohne jeden kommunal-politischen und wirtschaftlichen Einfluß auf die Gasversorgung ihrer Bevölkerung und zieht keinerlei Nutzen aus diesem großen Geschäft, welches in sehr vielen Gemeinden das Rückgrat der städtischen Finanzen bildet. Sie muß den Einfluß in ihrem eigenen Gebiet und den ganzen Gewinn einer gemisch-wirtschaftlichen Unternehmung überlassen, an welcher die Stadt Wilhelmshaven maßgebend beteiligt ist. Diesen Zustand von sich aus zu ändern, ist die Stadt in absehbarer Zeit nicht in der Lage, weil die Erbauung eines eigenen Gaswerkes unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen ausgeschlossen ist und weil es sich zeigte, daß alle sonstigen Wege, wie z. B. die Besteuerung des Gasverbrauchs, Konzessionsabgabe, Bewertung und Einbringung der Konzessionen ohne Sacheinlagen bei einer etwaigen Beteiligung an dem Unternehmen, nicht zu dem Ziele führten, das sich die Stadt stecken muß. Die Verwaltung hat also nur die Wahl, entweder wie bisher abseits zu stehen oder aber unter Einbringung ihrer elektrischen Versorgungsanlagen in das gemischtwirtschaftliche Unternehmen einzutreten und dadurch den kommunalen Einfluß in diesem noch weiter, und zwar auch im Rüstringer Sinne zu verstärken.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die G. m. b. H. keineswegs mit der Thüringer Gasgesellschaft gleichgesetzt werden darf. Wohl hat ihr die letztere alle ihre Erfahrungen und Einrichtungen für die wirtschaftlichste Führung des Betriebes zur Verfügung zu stellen und sie an den Einkaufs- und sonstigen Vorteilen teilnehmen zu lassen, welche sie infolge ihrer großen Abschlüsse bewirkt; sie ist aber im übrigen ganz selbständig. Alle Fragen der Betriebs- und Geschäftsführung, sowie der Tarife unterliegen der Beschlußfassung der Gesellschafterversammlung, in welcher die Vertreter der Kommunen die Mehrheit haben. Bei Vergebung von Arbeiten und Lieferungen für die G. m. b. H. sind die Gewerbetreibenden des Versorgungs-Gebietes in erster Linie zu berücksichtigen. Auch auf ihrem Sondergebiet hat die Thüringer Gasgesellschaft kein Lieferungs-Monopol, sondern sie erhält Aufträge nur dann, wenn sie günstiger anbietet als andere. Für die Strom- und Gaspreise sind besondere Klauseln festgesetzt, welche gegen den Widerspruch auch nur einer der beiden Städte nicht geändert werden können.

Selbstverständlich fließt auch der volle Gewinn aus dem Verkauf der Nebenprodukte der G. m. b. H. zu. Die öffentlichen Interessen sind nach dem Gesellschaftsvertrage so gut gewahrt, wie wenn die Werke von den Kommunen selbst verwaltet würden. Die G. m. b. H. hat die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Elektrizitätswerkes Rüstringen mit mindestens dem bisherigen Einkommen zu übernehmen und wohlerworbene Rechte zu achten.

Was die Stadt an Sachwerten und Einfluß bei ihrer Beteiligung durch das Einbringen ihres Elektrizitätswerkes etwa aus der Hand gibt, wird um ein vielfaches mehr als aufgewogen durch die Anteile an den sehr viel größeren Gaserzeugungs- und Versorgungsanlagen sowie an dem Elektrizitätswerk Wilhelmshaven. Dazu kommt, daß das gesamte, in einer Hand vereinigte Unternehmen wirtschaftlicher arbeitet, innerlich fester damit und nach außen hin eine größere Stoßkraft hat als irgendeines seiner Teile für sich. Besonders groß wird dieser Vorteil gerade für Rüstringen, wenn man sich die Möglichkeiten vor Augen führt, welche die Zukunft in sich birgt.

Hiermit kommen wir zu der finanziellen Seite der Beteiligung, welche für Rüstringen von gleicher Wichtigkeit ist, wie die allgemein wirtschaftliche, denn es braucht kaum betont zu werden, wie sehr die Lösung der allgemeinen, sozialen und kulturellen Aufgaben der Stadt abhängig ist von der Beschaffung der Mittel. Und da ist es selbstverständlich, daß ihr die Beteiligung an den Erträgnissen des Gaswerkes dauernd erhebliche Mittel zuführt. Die hervorragendsten Techniker Deutschlands haben schon lange erkannt, daß wir uns den Luxus der Verbrennung der Kohle auf den Rosten der Dampfkessel, Oefen und Herde nicht mehr lange leisten dürfen, sondern daß es notwendig ist, die Brennstoffe in veredelter Form nach Gewinnung aller Nebenprodukte als Gas und Koks zu verfeuern. Selbst der Koks sollte noch in Gas verwandelt werden, ehe aus ihm Elektrizität oder andere Energie erzeugt wird. Es bietet sich also für die Gesellschaft noch ein weites Feld der Betätigung und für die Stadt die Aussicht auf Erhöhung ihres Anteils an den Erträgnissen der Gaswerke. Die Thüringer Gas-Gesellschaft konnte deshalb der Stadt auch für schlechte Zeiten einen Mindest-Reingewinn gewährleisten, welcher erheblich über dem Reingewinn des Elektrizitätswerkes in guten Jahren liegt. Das Angebot der G. m. b. H. ist in jeder Beziehung günstig.

Ein Sachkundiger.

Das „Nordwestdeutsche Volksblatt" läßt sich von „sehr sachkundiger Seite" etwas über die jetzt schwebende Frage der Gas- und Elektrizitätsgesellschaft schreiben. Der Sachkundige ermahnt nochmals die Stadtväter und -Mütter, Vernunft anzunehmen. Tun sie es nicht, das heißt, wird der Beschluß der ersten Lesung in der zweiten wiederholt, dann verdienen sie, daß sie durch Volksentscheid gefündigt werden. Die Ermahnungen, besonders aber die Gründe, auf denen sie fußen, sind nicht der Art, daß sie einen Einfluß ausüben können.

Der „Sachkundige" schreibt: Kein Einwohner würde heute nur ein einziges Stück seines Mobiliars verkaufen, also dürfe auch die Stadt ihre Sachwerte nicht veräußern. — Es ist eine falsche Darstellung, wenn behauptet wird, die Stadt wolle ihr Werk einfach verkaufen. Auch dadurch, daß diese Behauptung immer von neuem aufgestellt wird, wird sie nicht richtiger. Sie immer wieder zu widerlegen, hat keinen Zweck. Zum anderen handelt ja selbst die unabhängige Partei nicht nach dem von dem Artikelschreiber aufgestellten Grundsatz. Wir verweisen auf die Fälle in Sachsen, die wir erwähnt haben. Aber hat nicht die unabhängige Partei hier ihre Druckerei und ihr Grundstück verkauft? Hat nicht die „Freiheit" in Berlin ihre Sachwerte an eine ausländische Gesellschaft verkauft? Doch das nur nebenbei.

Zum anderen behauptet der Artikelschreiber, die Stadt treibe nur Gegenwartspolitik, während die Gasgesellschaft ihr Verhalten auf weite Sicht eingestellt hätte. Als Begründung führt er an, daß in 20 Jahren kein Mensch mehr Gas gebrauche, sondern daß dann nur noch elektrisch gekocht, geheizt und beleuchtet wird. Das Lied, das da gepfiffen wird, kennen wir. Es beweist uns, daß der „Sachkundige" einseitig auf das Elektrizitätswerk eingestellt ist. Er sieht über seine Sphäre — das Elektrizitätswerk — nicht hinaus und begreift nicht den Zusammenhang von Gas- und Stromversorgung, den die Stadt beachten muß. Er behauptet, Rüstringen müsse zahlen, damit Wilhelmshaven verdient. Daß dieses jetzt in weit größerem Maße der Fall ist, hat der Mann noch nicht begriffen, oder er verschweigt es.

Aber auch die Behauptung von der Zweidrittelmehrheit, die nötig sein soll, kehrt in dem Artikel wieder. Von einer Zweidrittelmehrheit ist in den ganzen Vertrags keine Rede. Wohl aber von einer Dreiviertelmehrheit bei statutarischen Aenderungen. Die Stimmen Rüstringens genügen, um entscheidende Aenderungen des Gesellschaftsvertrages zu verhindern. Ueber die Preiserhöhungen entscheidet die einfache Mehrheit. Unsinnig ist auch die Behauptung, daß die Wilhelmshavener Mitglieder immer mit der Gasgesellschaft stimmen werden. Im Grunde genommen laufen hier die Interessen der Stadt Wilhelmshaven mit denen Rüstringens vollständig konform. Jeder, der nur einigermaßen Kenntnis von kommunalpolitischen Dingen hat, muß dieses einsehen.

Daß große Einsicht bei dem „Sachkundigen" vorhanden ist, läßt sich aus dem Artikel nicht schließen. Das beweist auch der Satz: Uns Reinsagern wäre es viel angenehmer, wenn sich die hohen Herren als freie Männer hinstellen und sagen würden: „Ein wohner von Rüstringen, wir brauchen Geld, ihr dürft schimpfen, aber haltet es uns nicht für ungut, wenn wir den Strompreis um eine halbe oder eine ganze Mark erhöhen." — Die Rüstringer Einwohner also sollen für die Stadt auf die Einnahmen aus der Gasversorgung — die die Stadt haben kann — verzichten und höhere Preise und obendrein noch andere Steuerlasten tragen. Jeder Einwohner, der ruhig und nüchtern die Sache durchdenkt, wird sich dafür bedanken. Es gehört wirklich etwas dazu, auszusprechen, die Stadt mache durch Einbringung des Elektrizitätswerkes in die G. m. b. H. Unsinn — wie es der Artikelschreiber tut —, wenn man selbst dergleichen auftischt. Die Mehrheit des Rüstringer Stadtrates wird einem Volksentscheid mit der größten Ruhe entgegensehen, denn das, was sie tut, ist Politik auf weite Sicht treiben.

*

Aus dem Städtischen Pressesamt wird uns noch folgendes zu der Angelegenheit mitgeteilt:

Die garantierten Abgaben an die Städte müssen geleistet werden, auch wenn größere Reparaturen am Rohrnetz oder an anderen Anlagen auszuführen sind. Die dadurch entstehenden Lasten trägt die Gesellschaft und nicht die Stadt. Uebrigens bestehen die „großen Reparaturen", die für die nächste Zeit in Aussicht stehen sollen, nur in der Einbildung der Gegner; andere Leute wissen, daß der größte Teil des Gasrohrnetzes, entsprechend dem Wachstum der Stadt, erst im letzten 1½ Jahrzehnt gelegt ist, also noch nicht alt ist. Gas greift zudem die Rohre nicht wie das Wasser an. Bekannt ist auch, daß die Gaswerke vollständig umgebaut und neuzeitlich eingerichtet sind. Ferner wird gesagt, die Kopperhörner Anstalt bedürfe der Vergoldung. Diejenigen, die das behaupten, müssen wissen, daß die Gasanstalt in Kopperhörn längst außer Betrieb gesetzt ist und verkauft wird, weil das Gaswerk in Wilhelmshaven noch dem Kriege mit neuzeitlichen Oefen versehen worden ist, die so leistungsfähig sind, daß die doppelte Menge des jetzigen Gasbedarfs der beiden Städte darin erzeugt werden kann.

Alle übrigen Behauptungen der Gegner des Vertrages stimmen ebenfalls nicht. Die Stadt hat als Gesellschafter keine Umsatzsteuer zu bezahlen, sondern die Gesellschaft. Diese Steuer spielt bei der ganzen Abrechnung eine nur geringe Rolle und wird durch die besseren Einrichtungen und Erfahrungen durch die Prüfungsmöglichkeiten und Vorteile eines großen Werkes als Großabnehmer von Rohstoffen reichlich wieder aufgewogen. Der Umsatz der Gesellschaft betrug im letzten Geschäftsjahr auch keine 20 Millionen Mark. Da das Elektrizitätswerk kaufmännisch aufgezogen ist, so ist es selbstverständlich, daß das Wasserwerk und

---

Gedenkt unserer notleidenden Kinder

Spendet reichlich für die Oldenburgische Kinderhilfe!

Krämer und Seelen.

Ein deutscher Großstadtroman von Johannes Thummerer.

33) — Nachdruck verboten.

Und als Willibald plötzlich auf die Uhr sah und mit einem fast unmerklich bittern Lächeln um den herben Mund sagte: er müsse jetzt heim, nachtmahlen, sein Vater würde es krumm nehmen, wenn er am Familientisch fehle, — da platzte sie offen heraus: „Ach, Sie sind für mich viel zu gescheit, wenn Sie etwas sagen, machen Sie immer so ein Gesicht, als meinten Sie etwas ganz anderes. Das macht einen ja fast nervös."

Er lächelte ungläubig, belustigt. „Nun, das will ich das nächstemal wieder gut machen," sagte er und bat Klara, mit einer verschrobenen Geste den Hut ziehend, recht bald wieder auf den Eisplatz zu kommen, er sei jeden Tag da.

Ich werde mich hüten, dachte Klara, und ging am nächsten Tag auf einen anderen Eisplatz. Aber am übernächsten Abend zog sie doch die Neugierde hin. Ich will bloß nachsehen, ob er dort ist, entschuldigte sie sich vor sich selbst. Willibald Sternkraut wartete schon und jagte mit hastigen Gleitschritten über die im Laternenschein glühende Kristallfläche auf sie zu, als sie sich gerade die Schlittschuhe anschnallen ließ.

Klara errötete über seinen Eifer, aber sie blieb zurückhaltend, fast schweigsam gegen ihre sonstige Art.

„Gefällt es Ihnen nicht mit mir?" frug er schließlich, „oder wollen wir anderswohin? Ins Theater, in ein Konzert?"

Klara staunte nur auf, naiv: „Sie sind reich!"

Er lachte belustigt: „Gott, wie kindlich, glauben Sie im Ernst, wenn man mal ins Theater geht, muß man schon reich sein? Sie sehen doch auch nicht gerade aus, als ob Sie die Armut selber wären. Wenn man sich so schick anzieht, Samtjäckchen, Muff und Stunkschuhe . . . und dazu einen Velourhut . . . das hübsche Gesichtchen gar nicht zu rechnen . . ."

„Und ich geh trotzdem nicht mit," rief sie brüsk dazwischen, mehr zu sich selber als zu ihm. Ihr kindliches Gesicht wurde abwesend hart . . . Nur in den Augen hielt sich ein weicher Glanz versteckt wie verhaltener Wunsch. Sie zogen gerade eine Achterschleife über die Eisfläche. Er hielt mitten im Bogen inne, so daß Klara beinahe gestürzt wäre. „Warum so energisch, glauben Sie, da geschieht Ihnen etwas?"

Sie zögerte wieder, stehenbleibend: „Ja, ich würde schon gerne gehn, aber allein."

„Warum nicht mit mir?"

„Ich passe nicht zu Ihnen; Sie sind kein Schüler mehr, dazu reich; was wollen Sie auch mit mir armem Ding?"

Er griff wieder nur das eine auf: „Sie sind reich," sagte hart: „Ich verachte das Geld, Geld ist eine ganz schäbige Sache. Es ist nur traurig, daß man es manchmal doch braucht, zum Beispiel, um ins Theater zu kommen. Meinem Vater könnte meinetwegen all sein Mammon gestohlen werden, ich würde mich keinen Deut darüber ärgern."

Klara lachte hell. „Ich wollte Sie einmal sehen, wenn Sie plötzlich ihr ganzes Vermögen verlören."

Er starrte verträumt in das Dunkel, das sich über der Eisfläche, vom Laternenschein hier und da durchsäht, ausbreitete wie ein nach unten zu heller werdender schwarzlicher Nebel. „Dann könnte ich wenigstens tun, was mir gefällt," sagte er langsam.

Klara darauf: „Das können Sie ja, wenn Sie reich sind, nach viel mehr." Er kam ihr plötzlich wieder recht unsinnig komisch vor. Unbestimmt dachte sie: Er will mich zum besten halten. Seine ernste Miene schien ihr aber doch vertrauenerweckend. Warum er doch so selten lacht und dann einen so wehen Zug um den schmal verkniffenen Mund hatte, fiel ihr plötzlich ein.

Willibald schwieg. Eng aneinander geschmiegt, zogen sie einen weiten Bogen. Die nackten Bäume, die am Ufer des Teiches und in der Mitte auf einem kleinen Inselchen standen, ragten um sie her kulissenhaft. Der fahle Lichtschein der Laternen fegte wie in helles durchsichtiges Tuch über ihre leicht geröteten Gesichter. Die andern Eisläufer, junge Mädchen mit ihrem Liebsten, da und dort eine allein, ältlich und ungelenk, paushackige Kinder und Schüler tanzten, flitzten, schwirrten um sie her wie Drahtpuppen. Das Eis, von den vielen Schlittschuhen in weitem Bogen zerschnitten, klang, als kreische jemand vor Schmerz. Klara konnte das plötzlich nicht anhören. Sie biß die Lippen zusammen, sagte aber nichts. Wie um sich abzulenken, sah sie gespannt zu, wie da und dort ein Schlittschuh, von einem Lichtstrahl der Laternen getroffen, aufblänzte gleich einer jähen Stichflamme. Manchmal ward dies Blitzen zu einem Tanz sprühender Funken, und Irrlichter über das Eis, das reglos glänzte wie blindes Glas.

Endlich begann Willibald Sternkraut aus längem Sinnen heraus: „Wissen Sie, ich möchte einmal so ganz arm sein, hungern müssen, mir die Welt erkämpfen, ohne einen Pfennig in der Tasche. Das muß doch ein ganz anders Gefühl von Befriedigung sein, als wenn man als wohlversorgtes Muttersöhnchen mit geipickter Börse hinausgeht. Für so einen Glückskerzel ist doch das Leben kein Kampf mehr, höchstens eine Art Stellenvermittlung, bei der man ein wenig Pech haben kann, und das gleicht man dann mit dem monatlichen Zuschuß von zu Hause aus. Pfui Deibel, ich kann nicht sagen, wie mir davor graut."

Klara verstand nicht alles, aber sie dachte dunkel: Es geht ihm doch nicht ganz so, wie er gerne möchte. Undermittel frug sie: „Haben Sie wohl keine guten Eltern, die Ihnen freie Hand lassen?"

Willibald lachte trocken. „Gut — das ist auch so ein Begriff, eigens für den Spießbürger zurechtgerichtet. Ich will nicht, daß mirs ganz von selber gut geht, ich will das allein bezwingen. Und ich will keine Eltern, die mir vor lauter fürsorglicher Güte keinen freien Willen lassen und bei jeder Gelegenheit bei der Hand sind mit einem sogenannten guten Rat . . . Aber das ist ja nicht einmal der Fall, ich wurde sei, jeder gleich vor fertige Tatsachen gestellt. Wie ich so jung war wie Sie und schon früher, da sah ich meine Mutter kaum eine Viertelstunde im Tag. Wo hätte sie auch die Zeit für mich hernehmen können, da sie doch ständig von den sogenannten gesellschaftlichen Verpflichtungen in Anspruch genommen war. Heute mußte sie in ein Konzert, morgen in eine Wohltätigkeitsfeier, übermorgen zu Frau Kommerzienrat X. zum five o'clock tea und übermorgen in die Ausschußsitzung irgendeines blödsinnigen, aber wahnsinnig vornehmen Vereins. Gerade zu den Mahlzeiten habe ich sie flüchtig gesehen und dann einen gnädigen Stirnkuß bekommen. Und der Vater, du meine Güte, der mußte natürlich Geld verdienen, denn Mamas Morgen-, Nachmittags- und Abendtoiletten, der Schmuck, der Haushalt, die Dienstmädels, Köchinnen, Zofen, Autos, all der Krimskrams nobler Passionen kostete doch eine Unmenge Geld. Kindheit hatte ich so gar keine, höchstens eine sogenannte gute Erziehung, die ich ungeratener Sohn aber, wie Sie sehen, längst abgetan habe."

In Klara wirbelte ein Mischgefühl von Erschrecken, Stolz, Verwunderung, Freude auf. Es machte sie fast eitel, daß der junge Mensch so offen zu ihr sprach. Am liebsten hätte sie ihm auch ihr Herz ausgeschüttet, ihm von der ewigen Zwietracht von zu Hause erzählt. Aber sie schämte sich. Bisher hatte sie überhaupt jedes Wort von zu Hause vermieden, sogar ihren Namen geheim gehalten. Jetzt sagte sie nur: „Ich hab's auch nicht gut zu Hause."

Er darauf: „Ach, darum sind Sie oft so demütig und klein in Ihren Reden."

Sie mußte lachen. „Wirklich? Zu Hause bin ich das gerade Gegenteil, da heißt's, ich sei die ewige Unruhestifterin."

„Vielleicht reigt man Sie, tut man unrecht. Ein bißchen rechthaberisch scheinen Sie ja zu sein. Uebrigens können Sie mir auch von Ihrem Leben zu Hause erzählen. Ihren Namen haben Sie mir auch noch nicht genannt. Manchmal ist mir's, als müßte ich Ihnen schon einmal begegnet sein, oder als hätte ich schon von Ihnen geträumt."

Sie lächelte. „Da werden Sie sich wohl irren," und nannte ihren Namen.

Willibald gab ihren Arm frei. Fassungslos murmelte er: „Wenn Sie nicht der Zufall zu mir geführt hätte, hätte ich Sie sicherlich auch noch gefunden."

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

das Elektrizitätswerk getrennte Buchführung haben, daß also die Gehälter der Beamten und Arbeiter des Wasserwerks wie bisher auch fernerhin dem Wasserwerk zur Last fallen und daß das Wasser durch die Umstellung der Betriebe nicht teurer wird.

Das Wilhelmshavener Stromnetz, das zum größten Teil aus unterirdischen Kabeln besteht, enthält, entgegen den Behauptungen der Vertragsgegner, kein einziges Kilogramm Kriegsdraht. Ferner ist die Angabe über die Gewinnverteilung falsch. Die Dinge liegen für die Städte erheblich günstiger.

Was kostet heute das Bauen?

In den Mitteilungen des Deutschen Städtetages werden die Antworten auf eine Rundfrage veröffentlicht, deren Gegenstand der Herstellungspreis eines Kubikmeters umbauten Raumes war. Leider ist aus ihnen nicht zu ersehen, für welchen Zeitpunkt die Berichtzahlen gelten, indessen mag schon die Gelegenheit willkommen sein, die verschiedenen Angaben aus den einzelnen Gegenden Deutschlands zu vergleichen, zumal diese recht vielseitig gefaßt sind. Wir finden Baukosten von massiven, Fachwerk, Lehm- und Holzbauten, und zwar besonders für freistehende und Reihenhäuser, für Groß-, Mittel- und Kleinhäuser. Die Verhältnisse bei den zuletzt genannten zu kennen, dürfte heute für viele Baulustige am wichtigsten sein. Hierüber ist folgendes zu sagen: Die billigsten massiven Kleinhäuser baute München mit 150 bis 180 Mk. für den Raummeter, dann folgen Augsburg und Hamborn mit 190 Mk., Kiel mit 190 bis 200 Mk., Bremen mit 200, Mainz mit 207, Chemnitz mit 210, Dresden mit 210 bis 230, Hamburg mit 210 bis 260, Kassel mit 220, Bochum und Karlsruhe mit 225, Berlin und Erfurt mit 230, Lübeck mit 234, Breslau mit 240 bis 250, Dortmund und Essen mit 250 Mk., in Mannheim zahlte man 250 bis 260 Mk., in Mülheim an der Ruhr 265 Mark und den höchsten Preis von 280 Mk. in Saarbrücken. Massive Reihenhäuser stellten sich im allgemeinen um 5 bis 20 Mark billiger als Einzelhäuser. Die geringsten Kosten verursachten sie in Braunschweig mit 160 bis 170 Mk. für den Raummeter. Einen merkwürdig hohen Preis zahlte dagegen Frankfurt a. M. mit 300 Mk. Diese beiden Städte haben keine Angaben über Einzelhausbauten gemacht. Zu ihnen gesellen sich noch folgende, die nur Ziffer für Reihenhäuser anführen: Halle 180 Mark, Hannover 200 Mk., Leipzig 220 bis 230 Mk., Gelsenkirchen und Stettin 225 Mk., Nürnberg 225 bis 230 Mk., Düsseldorf 250 Mark. Die Kosten für Fachwerkbauten liegen außer in Lübeck unter den Kosten für massive Ausführung. Bei Lehmbauten ergeben sich zum Teil bedeutende Unterschiede zugunsten dieser Bauweise, in Hamburg und Hannover z. B. Minderbeträge von 65 Mk., in Kassel von 35 Mark, in Lübeck von 20 bis 25 Mk. und in Berlin von 20 Mark. Preise für Holzbauten sind ganz vereinzelt angegeben worden. In Augsburg überschreitet er den Massivbaupreis um 30 Mk., in Berlin, Duisburg und Mülheim a. d. Ruhr blieb er darunter. Zugwischen sind die Preise für Baumaterialien gestiegen. Ein Vergleich zwischen den Kosten von Groß-, Mittel- und Kleinhäusern in derselben Ausführung läßt in den meisten Städten das Großhaus als das billigste erscheinen, das Kleinhaus als das teuerste. In Berlin ist in massiver Ausführung das Mittelhaus das billigste, in Chemnitz das Kleinhaus billiger als das Mittelhaus und dieses wiederum billiger als das Großhaus. Natürlich handelt es sich bei diesen Angaben um die reinen Baukosten. Grunderwerb, Straßenbaukosten usw. sind dabei nicht berücksichtigt.

An alle Arbeitereltern!

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben:

Die Berufswahl ist getroffen. Viele werden den Angestellenberuf ergreifen. Der Lehrvertrag liegt zur Unterschrift bereit. Dabei ist Vorsicht am Platze. Ehe er unterschrieben wird, ist bei der zuständigen Berufsorganisation — für Handlungslehrlinge ist das der Zentralverband der Angestellten — Rat einzuholen. Nicht abschließen ohne den Verband. Mängel in den Lehrverträgen machen sich nicht gleich bemerkbar, erst später wird man sich sagen, das hätte so oder so sein müssen. Dann ist es gewöhnlich zu spät und der Lehrling hat den Nachteil.

Neben der Berufswahl hat für die Eltern auch die Frage des gesellschaftlichen Lebens ihres Nachwuchses Bedeutung. Es kann ihnen nicht gleich sein, ob der Junge oder das Mädel sofort nach der Schulentlassung von der christlichen oder bürgerlichen Jugendbewegung ins Schlepptau genommen wird. Sie müssen vielmehr darauf achten, daß die Reihen der freien Gewerkschaften durch die Schulentlassenen gestärkt werden. Betrachtet man die Politik der gegnerischen Verbände und vor allem die des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, so muß man zu der Erkenntnis kommen, daß sie keineswegs angestellten- und arbeiterfreundlich, sondern feindlich ist. Leider ist die Tatsache zu verzeichnen, daß eine große Anzahl der Eltern — auch soweit sie selbst freigewerkschaftlich organisiert sind — ihre Söhne und Töchter nicht auf den Wert der freigewerkschaftlichen Organisation hinweisen, vielmehr untätig zusehen, wie sie im Lager unserer Gegner gegen ihre eigenen Klassengenossen kämpfen. Wir richten daher die dringende Bitte an alle Erziehungsberechtigten, besonders aber an die Eltern, ihre Söhne und Töchter, die den Angestelltenberuf ergreifen wollen, der Jugendabteilung des Zentralverbandes der Angestellten zuzuführen. In dieser Abteilung kommen sie mit Gleichgesinnten zu ernster Arbeit und fröhlichem Tun zusammen. Die Berufsbildung soll durch Sprachkurse und dergleichen ergänzt werden, aber auch auf dem Gebiete der Kunst, Literatur usw. kann die Jugend ihr Wissen bereichern. Das Wort „Wissen ist Macht" hat auch heute noch seine Gültigkeit; es in die Tat umzusetzen, hat sich der Zentralverband der Angestellten zur Aufgabe gemacht. Darum muß es für die Arbeitereltern Pflicht sein, ihre Söhne und Töchter der freien Angestelltenbewegung zuzuführen.

Rüstringen-Wilhelmshaven.

Rüstringen, 11. März.

Parteiversammlung. Heute, Sonnabend, abend 8 Uhr, im „Tonndeicher Hof", Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen aller Genossinnen und Genossen wird erwartet.

Feuerbestattungsverein für Wilhelmshaven-Rüstringen. Der Verein hielt am Mittwoch abend seine diesjährige Generalversammlung im „Siebethsburger Heim" ab. Aus dem erstatteten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß der Vorstand jetzt monatliche Sitzungen abhält, in denen die Vereinsangelegenheiten beraten werden. Außer einem öffentlichen Vortrage sind für Werbezwecke Plakate zum Aushang gebracht worden. Allgemein hat das Interesse für die Feuerbestattung zugenommen, neue Vereine sind vielerorts gegründet, neue Krematorien in Benutzung resp. in Angriff genommen worden. Das 55. Krematorium in Deutschland wurde im Juli v. J. in Rudolstadt in Thüringen eröffnet. In Bremen haben bis Ende vorigen Jahres 9501 Einäscherungen stattgefunden, insgesamt fanden 1921 in Deutschland 19 507 Einäscherungen statt gegen 16 846 im Jahre 1920. Der Mitgliederbestand stieg von 278 auf 285. Vereinnahmt wurden 2610,05 Mk., verausgabt 1043,25 Mk., das Vereinsvermögen betrug am Jahresschluß 9617,23 Mk. Die Herren Mostert und Wahrenburg wurden mit der Revision der Kasse beauftragt und konnten später mitteilen, daß dieselbe in Ordnung befunden sei, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Gesamtvorstandes (Büschel Vorsitzender, Dutke Stellvertreter, Hübner Kassierer, Rademann Stellvertreter, Knoche Schriftführer, Jacob Stellvertreter). Um eine erhöhte Unterstützung bei der Einäscherung eines Mitgliedes zu ermöglichen, schlug der Vorstand eine Abänderung der §§ 6 und 9 des Statuts vor. Nach längerer Aussprache ging die Versammlung über den Vorstandsantrag hinaus und erhöhte den Jahresbeitrag auf 30 Mark, wofür folgende Beihilfen gezahlt werden sollen: Nach 2—5 Jahren Mitgliedschaft 500 Mk., nach 5—10 Jahren 750 Mk., nach 10—15 Jahren 1000 Mk., über 15 Jahre 1250 Mk. Ein Antrag, Rentnern usw. durch einen geringeren Beitrag die erworbenen Rechte zu sichern, wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Der Vorstand wurde beauftragt, sich mit den Bremer und Oldenburger Brudervereinen in Verbindung zu setzen, um eine Beerdigung der Ueberführungskosten nach Bremen zu erreichen. Zum Schluß der Versammlung wurde der Wunsch ausgesprochen, daß jedes einzelne Mitglied für die Gewinnung von Einzelmitgliedern und in Vereinen und sonstigen Organisationen für korporative Mitglieder eintreten möge.

Ironie des Schicksals. Die vereinigten Friseure von Wilhelmshaven-Rüstringen gaben in den gestrigen Tageszeitungen bekannt, daß sie gezwungen sind, ihre Preise zu erhöhen. Ein dahingehender Beschluß wurde in ihrer Versammlung am Donnerstag abend gefaßt. Wohl im Vorgefühl der kommenden erhöhten Einnahmen schloß sich daran das übliche Spielchen in den Geschäftsräumen des Kell. W. in der Bremer Straße. Dieses Treiben hat schon wiederholt zu Ärgernissen Veranlassung gegeben und war der städtischen Polizei aufgefallen. Diese erschien plötzlich auf der Bildfläche, schwang das Damoklesschwert in Gestalt eines geladenen Revolvers über den Häuptern der Spielratten, beschlagnahmte die Bank im Betrage von mehreren hundert Mark und schritt zur Feststellung der Teilnehmer, von denen sich sechs in Sicherheit bringen konnten, fünf vor Schreck aber der rächenden Nemesis in die Arme fielen. Ein Denkzettel in Gestalt eines nicht zu niedrigen Strafmandats wird die Folge solcher Liebhabereien sein, mit deren Ausrottung sich die Polizei ein großes Verdienst erwirbt.

Lohnbewegung und Fleischteuerung. Vom Zentralverband der Fleischer wird uns geschrieben: Die Schlachtergesellen haben durch ihre Organisation Forderungen an die beiden Innungen gestellt. Die Meister wollen einen der Zeit entsprechenden Lohn nicht zahlen. Auch die Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit ist ihnen sehr unangenehm. Obgleich wir in Deutschland eine große Anzahl Behörden haben, die über die Einhaltung der Gesetze wachen sollen und auch dafür bezahlt werden, muß gesagt werden, daß hier in dieser Beziehung nichts geschieht. Warum, ist uns nicht bekannt. Jedoch es wird allerlei erzählt. Die Schlachtermeister versuchen gegen die Forderungen der Gesellen mobil zu machen. So wird der Kundschaft erzählt, daß eine Lohnsteigerung eine Fleischteuerung mit sich bringe. Dazu ist zu bemerken, daß nur ein geringer Teil Meister Gesellen hat, diejenigen, die keine Gesellen haben, aber das Fleisch und die Wurst ebenso teuer verkaufen, als die, die Gesellen haben. Wenn das Gerede der Meister richtig ist, dann haben alle, die keinen Gesellen haben, einen ungerechtfertigten Gewinn und betrügen das Publikum, denn sie können billiger verkaufen. Die von den Gesellen verlangte Lohnerhöhung beträgt jedoch bei dem Umsatz der Gesellen beschäftigenden Firmen einen sehr geringen Bruchteil der Kosten des Viehes, und wenn auf das Pfund berechnet, ist die Lohnerhöhung ein solch geringer Teil, daß man sich schämen würde, denselben zu erheben. Die Meisterschaft, die diese Behauptungen aufstellt, sollte einmal genaue Rechnung legen und die Bevölkerung würde bald erkennen, wer Fleischverteuerer ist. Die Lage der Gesellen hat sich nicht verbessert, aber die Meister können mit ihrer Lage trotz der Zwangswirtschaft sehr zufrieden sein. Die Kundschaft braucht nur einmal die Lebensverhältnisse „ihres" Schlachters mit dem der Vorkriegszeit vergleichen und sie wird merken, daß die Schlachtermeister nicht zu denen gehören, die Ursache zu klagen haben.

Gartenbauverein Rüstersiel. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Prozeß gegen Frau Hettinga, die unsern Mitgliedern das Land abnehmen wollte, von dem Pachteinigungsamt zugunsten der Pächter entschieden wurde. — Heute abend 8 Uhr findet im Vereinslokal Christians-Rüstersiel eine Besprechung wegen der Ländereien von Cornelius Erben statt. Alle Mitglieder, auch die schon gezahlt haben, müssen erscheinen, denn hier gilt es: Einer für alle und alle für einen.

Grundstücksauflassungen. Vor dem Grundbuchamt in Rüstringen fanden folgende Auflassungen statt: 1. der in Eckwarden belegenen Gastwirtschaft Eldorado des Gastwirts Heinrich Freytag, Rüstringen, an den Gastwirt Heinrich Boedecker in Varel für den Kaufpreis von 195 000 Mark. 2. des in der Bremer Straße belegenen Hausgrundstücks des Obermaschinisten a. D. Franz Mohrhaupt in Rüstringen an den Dreher Julius Köhler in Büppel bei Varel für den Kaufpreis von 58 000 Mk. 3. des in der Müllerstraße Nr. 49 belegenen Hausgrundstücks der Eheleute Händler Edmund Ottmann und Frau Emma geb. Röhl in Rüstringen an den Händler Wilhelm Meiners in Kranenkamp bei Bockhorn mit Lageneinrichtung für den Kaufpreis von zusammen 115 000 Mk. 4. des in der Hegelstraße 46 belegenen Hausgrundstücks des Obermaschinenmeisters Paul Stolle in Rüstringen an die Ehefrau des Lehrers Hugo Frenck, Elisabeth geb. Friedrichs in Rüstringen für den Kaufpreis von 70 000 Mk. 5. des in Eckwarden belegenen Hausgrundstücks des Kaufmanns Karl Gieschen in Varel und des Bäckermeisters Fritz Renken in Rüstringen an den Bäckermeister Heinrich Schröder in Rüstringen für den Kaufpreis von 25 000 Mk. 6. des in der Werftstraße belegenen Hausgrundstücks des Dregisten Eugen Dempewolff in Rüstringen an den Händler Hermann Stratmann in Rüstringen für den Kaufpreis von 64 000 Mk. 7. des in der Kaiserstraße belegenen Grundstücks des Werftwohlfahrtsvereins in Wilhelmshaven an den Fischer Cornelius Erdeling in Rüstringen für den Kaufpreis von 16 412,50 Mk. 8. des in der Bismarckstraße belegenen Hausgrundstücks des Sattlers Heinrich Degen in Rüstringen an den Bureauangestellten Albert Schulte in Rüstringen für den Kaufpreis von 21 000 Mk. 9. des in der Tonndeichstraße 34 belegenen Hausgrundstücks des Schiffers Hermann Schulma in Rüstringen an den Arbeiter Gerhard Benjamin in Heidmühle für den Kaufpreis von 26 000 Mk.

pr. Wagenverkehrsteuer. Die Steuer ist seit Anfang dieses Jahres in Geltung. Nach ihr unterliegen der Besteuerung sämtliche Besitzer von Feder- und Rennwagen mit Ausnahme der Federacherwagen, der Lohnfuhrwerkswagen und derjenigen Federwagen, die ausschließlich zu Frachtfuhrzwecken benutzt werden. Die Wagen sind von den Besitzern bis spätestens den 31. d. M. auf dem Städt. Steueramt, Bismarckstraße 158, anzumelden.

Patentschau. Zusammengestellt vom Patentbureau Johannes Koch, Berlin NO. 18, Gr. Frankfurter Str. 59. Fa. L. A. Rehbock, Emden: Resonanzboden für Tasteninstrumente. Angem. Patent. — Orlan-Werke, Hölzen u. Trenkamp, Maschinenfabrik, Lohne i. O.: Drehkurbel. Angem. Patent. — Herm. Siemers, Oldenburg: Hemmschuh für Transportwalzen u. dergl. Angem. Patent. — Georg Just, Oldenburg i. O.: Torfwendemaschine. Ert. Patent. — Max Kreyer, Varel i. O.: Eisenbahnkupplung. Ert. Patent. — Dipl.-Ing. G. Ballette, Oldenburg: Notizblock für Telephone. Gebrauchsmuster. — Heinrich Smardt, Norden: Brief- und Geldtaschensicherung. Gebrauchsmuster. — „Hansa" Automobil- und Fahrzeugwerke A.-G., Varel i. O.: Armaturenbrett für Kraftwagen. Gebrauchsmuster.

Preis und Frachtkosten. Ein Landmann aus der Umgegend ließ sich ein Kalb aus dem südlichen Deutschland schicken. Das Kalb kostete 1400 Mark und die Frachtkosten beliefen sich auf 1000 Mark.

Dividende 30 Prozent. Der Aufsichtsrat der Oldenburgischen Glashütte, Oldenburg, hat beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 30 Prozent frei von Kapitalertragsteuer für das abgelaufene Geschäftsjahr vorzuschlagen.

Landtagsabgeordnete in Bremen. Eine Anzahl von Landtagsabgeordneten aller Parteien weilten am Mittwoch in Bremen zu einer Besichtigung von verschiedenen Klassen der dort eingerichteten Pflichtfortbildungsschule für Mädchen.

Straßenbahnunfall mit tödlichem Ausgang. Heute vormittag kurz nach 10 Uhr, wurde von einem von der Werftstraße kommenden Straßenbahnwagen die Frau unserer Parteigenossen Botmann, wohnhaft Wilhelmshavener Straße 57 a, von dem Rüstringer Postamt umgefahren. Sie erlitt eine schwere Körperverletzung und wurde zunächst in das Postamt gebracht. Die Bemühungen des sofort herbeigerufenen Arztes Dr. Gellhaus waren leider vergeblich. Frau Botmann ist an den erlittenen Verletzungen nach kurzer Zeit verstorben. Soweit wir unterrichtet sind, soll den Führer des Straßenbahnwagens an dem Unfall keine Schuld treffen. Ganz allgemein wird aber die Strecke Werftstraße—Meyer Weg in einem viel zu schnellen Tempo zurückgelegt. Durch den Wegfall des dritten Wagenpaares fällt die Kreuzung an der Werftstraße aus. Der Führer des von Rüstringen kommenden Wagens sieht häufig schon den Gegenwagen am Meyer Weg halten und sucht die Verspätung durch zu schnelles Fahren einzubringen. Auch die Verlegung der Haltestelle zur Post dürfte die Unfallgefahr herabmindern, da gerade hier viele Leute den Fahrdamm überqueren, um zur Post bzw. nach der Bordumstraße zu gelangen.

Wilhelmshaven, 11. März.

Der Maler Wilhelm Leibl. Auf Veranlassung des Vereins der Kunstfreunde sprach gestern abend im Werftspeisehause der Direktor der Bremer Kunsthalle, Dr. Waldmann, über Wilhelm Leibl. Lange in Deutschland unbeachtet, erkannte man erst spät die große Qualität der Leiblschen Malerei. Im Gegensatz zu Feuerbach und Böcklin, den Malern des Idealen, war die Kunst Leibls von einer strengen Sachlichkeit in bezug auf die Wiedergabe der Erscheinung. Aber trotz dieser Sachlichkeit hat gerade Leibl hinsichtlich des rein Malerischen eine Reichhaltigkeit in der Licht- und Farbenbehandlung, wie wohl kein zweiter deutscher Maler. Er ging bis an die äußerste Grenze des realistisch Erfaßbaren, dabei aber stets den Abstand wahrend, den das auf die Fläche gebannte Kunstwerk gegenüber der Wirklichkeit haben muß. Aber trotz dieses Behorrens bei der Erscheinung, finden wir bei seinen Menschen — Leibl malte nur den Menschen — doch zugleich die Darstellung des Seelischen. Dr. Waldmann gab ein Lebensbild des sein Leben in der Einsamkeit verbringenden Künstlers, dessen Schaffen sich nicht in einer gleichen aufsteigenden Linie bewegt. Auch bei ihm sind Schwankungen vorhanden, treten äußere Beeinflussungen in Erscheinung. Auf das eigentliche Wesen seiner Kunst haben sie aber geringen Einfluß. Er verarbeitete diese Eindrücke und blieb trotzdem immer die innerlich gefestigte Persönlichkeit. Eine Reihe guter Lichtbilder bildeten gutes Anschauungsmaterial. Der Vortragende betonte zum Schluß, daß Leibl als ein moderner Maler nicht anzusprechen war. Trotz seiner Realistik müsse man ihn als den letzten alten Meister bezeichnen. Wir könnten nur hoffen, daß Leibls Kunst, die zwar erst in Frankreich einen festen Boden gefunden habe, später auch in Deutschland voll gewürdigt sei, in der Malerei des 20. Jahrhunderts den befruchtenden Einfluß ausüben möchte. Der Vortrag, der äußerst anregend war, hätte können, obgleich er besser besucht war als der vorige, einen noch größeren Zuhörerkreis finden.

Kothe-Abend in der Gewerbeschule. Am Freitag abend sang ein alter Bekannter, Robert Kothe, in der Gewerbeschule Lieder zur Laute. Der Saal war, wie überall, bis auf den letzten Platz besetzt. Am prächtigsten waren wohl die Zwiegesänge mit zwei Lauten, in der genschaften mit Frl. Lies Engelhardt zu Gehör brachte; besonders die beiden alten geistlichen Lieder „Susani" und „Meerstern, ich dich grüße!" Nur schwer und zögernd verließ die andächtig lauschende Zuhörerschaft, nachdem sie sich zwei Zugaben erklatscht hatte, den Saal.

Prüfung von Schiffslaternen. „Mit dem heutigen Tage ist im hiesigen Marine-Observatorium eine Prüfungsstelle für Schiffslaternen als Nebenstelle der Deutschen Seewarte eröffnet worden. Damit ist den den hiesigen Hafen anlaufenden Handelsschiffen die Möglichkeit gegeben, in Zukunft die vorgeschriebene Prüfung ihrer Laternen am Orte vornehmen zu lassen, während bisher zu diesem Zwecke ein anderer Hafen aufgesucht werden mußte, was nicht nur erhebliche Kosten verursachte, sondern auch viel Zeitverlust zur Folge hatte.

Der Säuglingsfilm. Wie pflege und ernähre ich mein Kind? Diese Frage ist in der Zeit der jetzigen Teuerung brennender denn je. Der Arzt sieht in täglicher Beobachtung, daß auch in der jetzigen Zeit die Säuglinge weit seltener aus Mangel an den nötigen materiellen Mitteln als vielmehr infolg Mangels an Kenntnissen der jungen Mütter über richtige Pflege des zarten Menschenlebens erkranken. Insbesondere ist die Erkenntnis über die Wichtigkeit der natürlichen Ernährung an der Mutterbrust noch immer nicht zur genügenden Wertschätzung gelangt, wenn sich auch schon manches in dieser Beziehung gebessert hat. Der am 15. und 16. März im Werftspeisehaus zur Aufführung gelangende „Säuglingsfilm" wird allen Frauen und Mädchen in packender Gestaltung zeigen, wie die Säuglingspflege auch mit einfachen Mitteln zum Besten des Kindes durchzuführen ist. Auch über die Behandlung und Erziehung des Kleinkindes bringt der Film in unverhohlend belehrender Form soviel Interessantes und Wissenswertes, daß auch allen Eltern und in der Kinderpflege tätigen Persönlichkeiten nur dringend der Besuch der Vorstellungen empfohlen werden kann. Besonders seien die Mitglieder der Ortskrankenkassen auf die Vorführungen hingewiesen.

Rückgang des Schiffbaues in England. Im Monat Februar wurden von den Clydewerften nur sechs Schiffe vom Stapel gelassen mit annähernd 20 000 Tonnen. Das bedeutet einen Rückgang von einem Drittel gegenüber Januar und einem Viertel gegenüber dem gleichen Monat vorigen Jahres. Neue Bestellungen laufen spärlich ein, so daß mit einer weiteren Verschlechterung der Lage im Schiffbau zu rechnen ist.

Vorträge, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen.

Adler-Theater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Am Sonnabend, Sonntag, Montag finden Wiederholungen des Lustspiels „Nur ein Traum" mit Felix Kroll statt. Sonntag vormittag 11.30 Uhr wird „Der Kammersänger" von Wedekind aufgeführt; nachmittags zu halben Preisen „Minna von Barnhelm". Für nächste Woche wird das fünfaktige Schauspiel „Liebe" von Wildgans vorbereitet. Die sorgfältige Einstudierung dieses hervorragenden Werkes hat Herr Ed. Eysenck übernommen.

„Freischütz"-Aufführung. Hinsichtlich der von Heinrich Grimm geplanten „Freischütz"-Aufführung möge noch erwähnt sein, daß das Werk von allen Mitwirkenden mit Eifer und Hingabe studiert wurde und daher eine entsprechende Wiedergabe zu erwarten ist. Die auswärtigen Sänger stehen zum ersten Male in größeren Opernpartien vor den Zuhörern. Diese Tatsache wird gewiß das Interesse der Kunstfreunde erwecken.

Filmschau.

Shackletons Südpol-Expedition. In die eisige Kälte der Polarnacht, in die Regionen des Packeises führt uns dieser Film. Aufnahmen von der letzten dreijährigen Südpolexpedition Shackletons und seiner tapferen Begleiter, sind zu einem fünfaktigen Film zusammengestellt und geben uns einen Ueberblick dieser gefahrvollen Reise. Wir begleiten die Polarforscher von ihrer Ankunft bis zur Wiederkehr aus jener einsamen Eiswüste am Südpol. Wir sehen das Schiff sich einen Weg bahnen durch das Packeis, aus dem es doch keinen Ausweg wiederfindet und in welchem es, durch die ungeheuren Eispressungen zerdrückt, der unseren Augen — wenn auch nur im Bild, zusammensinkt. Die Männer aber müssen auf dem Eise ihr Leben verbringen, der Tod vor Augen, bis ihnen die Erlösung naht. Riesige Eisberge, weite Eisfelder gleiten an unseren Augen vorüber. Die Aufnahmen bringen neben Landschaften auch ausgezeichnete Bilder des Tierlebens. Den Besuch können wir nur empfehlen und möchten wir vor allem auf die Familienvorstellungen verweisen. Die Schulen dürften sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen, denn der Film bringt neben den Schilderungen der Gefahren eine Fülle von Anschauungsmaterial. Er läuft in den Kammerlichtspielen. Außerdem bringt die Spielfolge noch ein Schauspiel „Kean" in fünf Akten, und ein Lustspiel.

Landesbibliothek Oldenburg